

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Kondemnergebnisse ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Donnerstag, den 15. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Internat.-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Neue Verhaftungen in München.

München, 14. September. Bis zum Mittwoch abend sind in der Mordaffäre Erzberger im ganzen 10 Personen verhaftet worden ...

Die Mitteilung, daß von außerbayerischer Polizei bei Dr. Heim Hausdurchsuchung gehalten worden sei, um ihn in die Angelegenheit hineinzuziehen, ist, wie die bayerische Generalkriegsgerichtspräsident ...

Daß von Allinger dem Schulz zur Flucht verholfen hat, ist dadurch erwiesen, daß er ihn im Auto zur Bahn brachte. Die bayerische Polizei ist zurzeit mit der Durchsuchung des beschlagnahmten Gepäcks der Verhafteten beschäftigt ...

Heute abend traf beim Generalkriegsgericht ein Schreiben aus Mailand ein, das in italienischer Sprache die kurze Mitteilung enthält: Hatten uns in Mailand auf. Der Brief hat keine Unterschrift. Es muß erst untersucht werden, ob es sich um eine Mystifikation handelt.

Auch von den Verhafteten gehört ein großer Teil, wie die Mörder selber, zu den ehemaligen Offizierskorps der Brigade Ehrhardt v. Killinger ist, nach Meldungen eines hiesigen Blattes, flüchtender Kommandeur gewesen. Ueber Oberhard Kautter können wir folgendes feststellen: Die hier schon zitierte Denkschrift der zweiten Marinebrigade (Ehrhardt) enthält verschiedene Beiträge aus seiner Feder, die unterzeichnet sind, Oberhard Kautter, Kapitänleutnant. Kautter hat sich in der Denkschrift namentlich poetisch betätigt. Von seinen Reimerellen wollen wir vier Zeilen zitieren:

Was scher's uns, wo unfer Ziel zerbricht; Wir folgen des Schicksals Zeichen! Und Wikinger Mut und Wikinger Fuß stockt nicht vor Wunden und Leichen.

Rein, der Fuß dieser „Wikinger“ ist nicht vor Zeichen gestockt!

München - Oberland.

Immer deutlicher treten die dunklen Untergründe, aus denen die Mordtat an Erzberger erwuchs, hervor. Das Netz einer weitverzweigten reaktionären Verschwörung beginnt sich langsam zu enthüllen. Wir erblicken zwei Hauptzentren, die in innigem Konnex miteinander stehen: Kahr-München und die Freikorpsreste des oberschlesischen Selbstschutzes.

Daß man die Münchener Offiziersclique und die Verbrecher vom Freikorps Oberland als eine innere Einheit betrachten muß, ist nach unseren Informationen absolut sicher. Die Fäden liefen hinüber und herüber. Von Bayern aus waren die „Oberländer“ nach Schlesien gekommen, nach der Auflösung des Selbstschutzes aber hatte dieselben Söldnernaturen der Frieden nicht gepaßt. Sie quartierten sich namentlich in den Kreisen Brieg und Rastlau ein und übten dort eine wahre Schreckensherrschaft aus. Gewalttätigkeiten und Morde an linksgerichteten Personen waren an der Tagesordnung. Wie fest die Verbündeten der Freikorpsangehörigen, die im Verdacht standen, dieses Treiben den Behörden anzeigen zu wollen, ebensfalls auf dem Wege des Mordes beseitigt wurden, wie die vier Selbstschutzesangehörigen in Oels. Mit diesem Textor sicherte man sich gegen ein Einschreiten der Justiz.

Der preussischen Regierung Siegerwald kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie diesem Treiben viel zu lange untätig zugehört hat. In letzter Zeit versuchte sie allerdings einzugreifen. Doch ihre ersten Versuche blieben erfolglos. Das lag teils an dem nun nicht mehr ungewohnten Verfahren der Justiz. So hat z. B. der Oberstaatsanwalt in Breslau den Haftbefehl gegen einen der Hauptbeteiligten, den ehemaligen Privatdozenten Ruge, wieder aufgehoben, weil er das umfangreiche belastende Material, das bei Ruge aufgefunden wurde, für „nicht ausreichend“ ansah. Sollte das derselbe Oberstaatsanwalt sein, der das Einschreiten von Amts wegen abgelehnt hat, als der

Schriftsteller Fleischmann von Selbstschutzhangehörigen überfallen und gemeinschaftlich schwer mißhandelt wurde? Wir haben damals festgestellt, daß dieser Oberstaatsanwalt eine glatte Rechtswidrigkeit begangen hat. Jedenfalls muß dringend gefordert werden, daß in der Oberstaatsanwaltschaft Breslau einmal ausgekehrt wird und gewisse höhere Justizbeamte dem seines Amtes enthobenen Polizeipräsidenten von Breslau, Geheimrat Liebermann, nachfolgen, dessen Haltung gegenüber den Terroristen gleichfalls eine unbegreiflich nachsichtige war.

Aber zu dem ersten kam ein zweites, viel stärkeres Hindernis. Unsere gestrige Frage, ob es wahr ist, daß Ehrhardt und Oberst Bauer bei dem Münchener Polizeipräsidenten Bochner ein- und ausgegangen sind, ist bis heute unbeantwortet geblieben. Der sonst so fixe Münchener Dementierapparat hält sich in auffälliges Schweigen. Wir stellen heute eine zweite Frage:

Ist es wahr, daß der preussischen Polizei die Verbindungen zwischen Freikorps Oberland und München schon seit einiger Zeit bekannt waren? Ist es ferner wahr, daß sie versucht hat, in diese Verbindungen einzudringen, daß aber diese Bemühungen gescheitert sind, weil die schlesischen Freischärler jedesmal rechtzeitig von München aus gewarnt wurden, und zwar von Stellen, deren Sitz im Münchener Polizeipräsidentium ist?

Im preussischen Untersuchungsausschuß hat gestern der Staatskommissar Weichmann angedeutet, daß man hofft, in kürzester Zeit der gesamten oberschlesischen Gesellschaft habhaft zu werden, und daß dann die Welt staunenswerte Dinge erfahren wird. Nach unserer Information zweifeln wir nicht, daß es hier tatsächlich Dinge zu entdecken gibt, über die manchem die Haare zu Berge stehen werden. Hier ist ein Brand- und Fäulnisherd, der alles bisher Dagewesene übertrifft. Wie weit seine Ausbreitung gelangt, wird ein Zeichen dafür sein, in welchem Maße es gelungen ist, die preussischen Polizeistellen von Ritter-schwarzwaren freizuhalten.

Kiefer und Ruge.

Der Darstellung eines Spätabendblattes entnehmen wir, daß der Führer der Selbstschutzhorganisation Oberland ein angeblicher Hauptmann v. Kiefer war, der aber nichts mit dem aus dem Marlob-Prozess bekannten Kiefer zu tun hat, sondern in Wirklichkeit Kiefer hieß. Sein Adjutant war der ehemalige Privatdozent Arnold Ruge, dem wegen politischer Ausschreitungen im Lehramt jede Lehrtätigkeit an deutschen Universitäten untersagt ist. Ruge, der enge Beziehungen zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund unterhielt, wurde vor einigen Tagen verhaftet, aber vom Oberstaatsanwalt in Breslau wieder freigelassen. Bei ihm fand man umfangreiches Material. Außer Ruge wurden noch andere Freikorpsangehörige verhaftet, darunter der Zahlmeister Nickel, der wegen Unterschlagungen in Haft behalten wurde. Er hat gar keine oder nur gefälschte Abrechnungen vorgelegt. Ein Teil der Verdächtigen soll bereits aus Schlesien verschwinden sein, darunter der Oberleutnant v. Seeger. Außerdem besteht ein Haftbefehl gegen den Polizeikommissar Friedrich, der sich fälschlich „Hauptmann Frisch“ nennt und der nach München abgereist sein soll.

Die Mörderhymne von „Oberland“.

Ueber die Geschichte des berühmten Liedes „Du tapferer Held, du schoss' den Gareis nieder“, ist in der Presse ein großes Raten entstanden, und es ist darüber viel Irrtümliches behauptet worden. Wir möchten daher feststellen, daß das erste Blatt, das dieses Lied zum Abdruck brachte, der „Vorwärts“ war. Er berichtete damals darüber in der Form, daß dieses Lied „in einem Eisenbahnzug von jungen Leuten mit handtellergrößen Holentzündern an der Brust“ gesungen worden sei.

Der Text des Liedes, in dem die Minister Wirth und Rathenau mit der Ermordung bedroht wurden, war uns von Genossen aus Schlesien überbracht worden, die es aus dem Munde von Freischärlerern gehört hatten. Da damals der polnische Aufstand tobte und wir fürchteten, das Ausland würde den Verfall verallgemeinernd gegen die deutschen Veldämpfer des Aufstandes mißbrauchen, vermittelten wir nähere Angaben. Jetzt wäre eine solche Zurückhaltung nicht mehr am Platze, und darum stehen wir nicht an, das viel umfährtere Lied als die „Mörderhymne von Oberland“ zu bezeichnen.

Nationalsozialistische Rowdy's.

München, 14. September. (U.) Eine Versammlung, in der der Referent Bollerstedt über die Lage zwischen Bayern und dem Reich sprechen sollte, wurde von Nationalsozialisten unter Führung des nationalsozialistischen Führers Eßer gesprengt. Es kam zu einem Tumult, in dessen Verlauf der Referent Bollerstedt blutig geschlagen wurde. Der Haupttäter wurde von der Polizei verhaftet. Die Landespolizei erschien an Ort und Stelle und räumte den Saal.

(Schluß auf der dritten Seite.)

Gefahr für Memel und Litauen.

Der Vermittlungsvorschlag des Völkerbundes, den polnisch-litauischen Streit um Wilna in der Weise zu lösen, daß man Litauen außer der Provinz Wilna auch noch das Memelgebiet zuerkennt, daß sich Litauen dafür aber in mehr oder minder große Abhängigkeit von Polen begibt, hat im Memelgebiet große Erregung hervorgerufen. Die Memeler Presse protestiert entschieden dagegen, das Memelland lediglich als Tauschobjekt zu behandeln und veröffentlicht eine ausführliche an die Befugungsbehörden gerichtete Denkschrift, in der für die Einwohner des Memelgebietes freies Selbstbestimmungsrecht und Autonomie gefordert wird.

Man kann die Erregung der Memeler um so mehr verstehen, wenn man bedenkt, daß der Völkerbundsvorschlag der Bevölkerung der Provinz Wilna das Recht zuerkennt, sich über die Anregung zu äußern, dieses Recht den Memelern aber verweigert. Hier stempelt der Völkerbund die deutsch-litauischen Bewohner des Memelgebietes öffentlich zu Angehörigen einer Nation zweiter Klasse, und man muß sich ernstlich fragen, ob dadurch das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker nicht zu einer leeren Phrase herabgewürdigt wird, man muß sich fragen, ob die Beleidigung, die dadurch auch Deutschland zugefügt wird, im Sinne der ausgleichenden Tätigkeit des Völkerbundes liegt. Aus Völkerbundskreisen ist uns des öfteren zugerufen worden: Warum beantragt ihr nicht eure Aufnahme in den Bund? Nun, solange Deutsche irgendwo in der Welt vom Bund selbst als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, tragen wir durchaus kein Verlangen danach. Diese Art, internationale Fragen schwerwiegender Art zu lösen, die auch uns nahegehen, wenn uns der Versaillesvertrag auch verbietet, bei ihrer Lösung ein Wort mitzusprechen, ist nicht dazu angetan, unser Vertrauen in den Völkerbund zu stärken.

Weiß man im Völkerbundskreis nicht, daß im Jahre 1919 in den Kreisen Hendetrug und Memel 93 und 78 Proz. gegen eine Vereinigung mit Litauen protestierten, weiß man in Völkerbundskreisen nicht, daß bei einer Umfrage im Jahre 1920 nur 1,8 Proz. der memelländischen Bevölkerung die litauische Sprache als Unterrichtssprache in die Schulen eingeführt wissen wollte, weiß man dort nicht, daß von den 150 000 Einwohnern des Memelgebietes 140 000 Protestanten sind, die aus kulturell-religiösen Gegensätzen im schärfsten Gegensatz zu dem katholischen Litauen stehen? Sieht man hier nicht die Gefahren für Litauen? Litauen ist heute ein Nationalstaat mit einheitlichem Gepräge. Will man durchaus im Osten einen Nationalitätenstaat schaffen, voll von nationalen, kulturellen, sozialen und religiösen Gegensätzen? Das Randstaatengebiet ist heute der ruhigste und friedfertigste Teil Osteuropas. Soll der Bärm und Widerstreit der Nachkriegszeit nun auch in diese Gebiete getragen werden? Es ist schlimm genug, daß der Osten Europas heute einem Balkan gleicht. Unverantwortlich wäre es, hier nun auch noch der Welt gewissam ein neues Irland zu beschicken.

Der Bevölkerung des Memellandes aber möchten wir zurufen: Ruhig Blut! Wir wissen nicht, ob einer Meldung, die von einer bedingten Annahme des Vorschlags durch den litauischen Bevollmächtigten spricht, Bedeutung beizumessen ist. Wir wissen aber, daß für Litauen das Abkommen in seiner jetzigen Gestalt die völlige Aufgabe der nationalen Selbstständigkeit bedeuten würde. Wir wissen, daß Litauen seit seiner Geburtsstunde einen erbitterten Kampf gegen die drohende Gefahr einer Polonisierung kämpft. Der Völkerbundsvorschlag, der auf die Initiative Frankreichs und Belgiens zurückzuführen ist, spricht von einer engen Anlehnung Litauens an Polen in wirtschaftlicher, militärischer und außenpolitischer Hinsicht. Er stellt an die litauische Regierung das Ansinnen, für Litauen die polnische als zweite offizielle Sprache zu erklären, er verlangt weitestgehende Garantien für die Minderheiten. Es gibt in Litauen vorerst nur eine Minderheit: die polnischen Großgrundbesitzer. Wie will Litauen nach Annahme des Vertragsentwurfs noch die große Landreform durchführen, die eine Verklösterung eben dieses Großgrundbesitzes zugunsten der Kleinbauern vorsieht? Wie will Litauen, das den größten Mangel an litauischen Lehrern, Beamten und Ärzten hat, und das die größten Opfer bringt, um sich auf auswärtigen Universitäten einen treuen Stamm litauischer Intelligenz heranzuziehen, sein nationales Programm durchführen, wenn die polnische Oberhoheit ihre Ansprüche auf die gehobenen Stellen geltend macht? Nein, die Annahme des Kompromisses würde für Litauen ein stetes Dreinregieren der Warschauer Regierung bedeuten, würde eben jener Verdrängung des litauischen Elements gleichkommen, die man nicht ohne Grund so fürchtet. Oder ist es nur ein Zufall, daß Litauen, der eifrige Förderer des Balkanbundes, den Randstaatenkonferenzen fern blieb, an denen sich Polen beteiligte?

In Litauen selbst weiß man die Klippen des Völkerbundskompromisses sehr wohl einzufühlen. So hat die sozialdemokratische Fraktion in der gesetzgebenden litauischen Konstituante eine dringende Interpellation eingebracht, in der die Regierung auf die große Gefahr des Projektes „für die Zukunft des unabhängigen demokratischen Litauens“ aufmerksam gemacht und in der gefragt wird, was das Kabinett zu unter-

nehmen gedente, „damit nicht dieses für die litauische Republik katastrophale Uebereinkommen zustande kommt“. Die gesamte Konstitution hat sich der Interpellation angeschlossen. Uns dünkt, die weise Selbstbeschränkung, wie sie diese Anfrage zeigt, ist Litauen dienlicher als jener ausufernde Vandalen, der auf die Dauer Litauen wie Nemel gleich wenig befriedigen und bei dem Polen als der lachende Dritte allein die Vorteile einstecken würde.

Genf, 14. September. (Zt.) Die polnische Antwort auf die Note Hymans ist, wie wir vernahmen, gestern Abend erteilt worden, und zwar nachdem Hymans den Wunsch ausgesprochen hatte, die polnische Delegation möchte endlich einmal ihren Standpunkt formulieren, da Polens Vertreter bisher nur mündliche ausweichende Erklärungen abgegeben hatten. Die polnische Regierung lehnte nunmehr die Vorschläge Hymans in ihrer neuen Fassung rundweg ab. Sie erklärte sich dagegen bereit, wie früher die direkten Verhandlungen mit Litauen wieder anzunehmen unter Vorbehalt eines Vertreters des Völkerbundes.

Veltisch-litauisches Bündnis?

Kowno, 14. September. (Zt.) Die Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten Mejerowicz in Kowno steht im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Abschluß eines Bündnisses zwischen den drei baltischen Staaten. Ein vollkommenes Einverständnis wurde bereits erreicht. Das Bündnis richtet seine Spitze vor allem gegen Polen. In einer Unterredung mit Vertretern litauischer Zeitungen erklärte Mejerowicz, daß es im Interesse Veltlands liege, wenn Wilna dem Kownoer Litauen zuerkannt werde. Veltland wird zunächst in dem polnisch-litauischen Streit neutral bleiben. Sollte aber der status quo nicht anerkannt werden, so würde Veltland seinem Brudervolk zu Hilfe kommen. Das Bündnis des Kownoer Litauens mit Veltland müsse als Tatsache betrachtet werden.

Frankreich und die Sanktionen.

Am heutigen Tag sollten nach dem Beschluß des Obersten Rates die sogenannten wirtschaftlichen Sanktionen fallen, wenn Deutschland die Bedingungen des Obersten Rates erfüllt haben sollte. Die Bedingungen waren 1. die Bezahlung der Goldmilliarde bis zum 31. August und 2. die Zustimmung zur Einsetzung eines internationalen Kontrollorgans für die deutsche Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet. Die erste Bedingung hat Deutschland pünktlich erfüllt, und zu der zweiten hat die deutsche Regierung in einer Note vom 26. August Stellung genommen. Sie hat sich mit der Einsetzung des Organs einverstanden erklärt, allerdings unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß das alliierte Organ sich bei seiner auf das besetzte Gebiet beschränkten Tätigkeit jeder Einmischung in die deutsche Exekutive enthalten werde. Obwohl nun selbst in der französischen Presse zugegeben worden ist, daß von deutscher Seite gesehen, was Voraussetzung für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen gewesen wäre, ist bis heute an die Reichsregierung keinerlei Mitteilung gelangt, daß an dem festgesetzten Tage die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen am Rhein ein Ende finden würden. Nach einer Information, die der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln aus Ems erhalten hat, soll mit der Fortdauer der Sanktionen mindestens noch für mehrere Wochen zu rechnen sein, da die Verhandlungen im alliierten Ueberwachungsausschuß zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben.

Die sogenannten Sanktionen waren, wie der Juristentag in Bamberg richtig ausgesprochen hat, vom ersten Tage an nichts anderes als ein Bruch des internationalen Rechts. Wollte der Oberste Rat den Verträgen treu bleiben, so mußte er ihre Aufhebung ohne Bedingungen aussprechen. Statt dessen hat er nur ihre teilweise Aufhebung in Aussicht gestellt und auch diese noch an Bedingungen geknüpft. Deutschland hat diese Bedingungen erfüllt — trotzdem hat

Frankreich es verstanden, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen abermals zu verschleppen. Ueber die Welt dieser französischen Politik gibt es bald in der ganzen Welt nur ein einziges Urteil, ihre Sinnlosigkeit wird von einem langsam wachsenden Kreis französischer Politiker erkannt, aber diese Erkenntnis kann sich noch nicht auswirken infolge der tiefelagerten Schwäche der französischen Arbeiterbewegung.

Unter diesen Umständen bleibt immer nur die Hoffnung auf die klüger und gerechter denkenden Ententegeossen, vor allem auf England. England hat „fair play“ versprochen — wo ist es? Gewiß ist die ehrliche Verständigung zwischen den Nachbarn, Frankreich und Deutschland, bei weitem vorzuziehen, aber kann man nach den gemachten Erfahrungen für absehbare Zeit noch auf sie rechnen?

Juristentag und Sanktionen.

Bamberg, 14. September. (Zt.) Die öffentlich-rechtliche Abteilung des Deutschen Juristentages trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Dr. von Staff-Berlin zusammen und beschäftigte sich mit den Sanktionen. Nach Referaten von Prof. Dr. Meurer-Würzburg und des österreichischen Justizministers A. D. Dr. Klein-Bien wurde folgende Entschlußfassung angenommen: Der Deutsche Juristentag spricht als seine einmütige Rechtsüberzeugung aus, daß die sogenannten Sanktionen widerrechtliche Gewaltmaßnahmen sind. Sie verletzen den Versailler Vertrag und das Völkerrecht.

Die Steuern der Hohenzollern.

Auf unsere Feststellungen hin, daß die Hohenzollern bis heute noch keinen Pfennig Steuern gezahlt haben und daß sie darüber hinaus eifrig bemüht sind, sich vor zukünftigen Steuern zu „schützen“, geht ein eigenartiges Räuschen durch den Blätterwald. Es ist klar, daß die „Deutsche Tageszeitung“ meint, wir suchten nur Agitationsstoff, die Sache sei doch eigentlich ganz in der Ordnung. Wir können demgegenüber nur wiederholen, daß sie ganz und gar nicht in Ordnung ist, auch im eigenen Interesse der Hohenzollern nicht. Ihnen kann es nämlich passieren, daß sie dann, wenn die Auseinandersetzung mal zu Ende gekommen ist, plötzlich soviel aufgelaufene Steuern zahlen müssen, daß sie in Liquidation gehen. Dann hat der Steuerfiskus das Nachsehen. Sowohl für das Reich als für die Hohenzollern scheint es uns besser, daß sie schleunigst durch Konto-Zahlungen beginnen, ihrer Steuerpflicht nachzukommen.

Ein Berliner Mittagsblatt hat sich im preußischen Finanzministerium erkundigt und dort erfahren, daß man die von der früheren Hofkammer verwalteten hohenzollernschen Haus- und Familiengüter seit 1. September d. J. (1) einer besonderen Aufsicht unterstellt habe. Bisher ist das Finanzministerium so freundlich und teilt nun mal der Öffentlichkeit mit, inwieweit es sich in den letzten Monaten um das sogenannte königliche Hausministerium gekümmert hat, das ihm doch seit dem November 1918 untersteht. Besonders tüchtig scheint man dabei nicht gewesen zu sein, sonst wäre es doch unmöglich, daß die vormalige Krone von den allein für 1920 rund 23 Millionen Mark betragenden Ueberschüssen aus den hohenzollernschen Familiengütern über 10 Millionen Mark „verzaubert“ hat, damit sie dem Zugriff der Steuerbehörde entgehen. Was nützt es, wenn das preussische Finanzministerium neugeborene Regierungsräte und Assessoren in stets vermehrtem Ausmaße mit der Aufsicht der Kronverwaltung betraut, sobald diese allesamt nicht einmal sehen, wie durch offizielle Verfügungen des dem Finanzministerium unterstehenden königlichen Hausministers das Reich um hohe Millionenbeträge geschädigt wird?

Wir nehmen an, daß mit unseren heutigen Feststellungen weder die Rechtspresse noch das preussische Finanzministerium zufrieden ist. Deswegen werden wir, wenn es nötig sein sollte, in den nächsten Tagen auf die hohenzollernsche Methode, sich um Steuerpflichten zu drücken, noch etwas näher eingehen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Große Erfolge in Thüringen.

Ueber den Ausfall der thüringischen Wahlen hat im besonderen die „Union“ verdächtig eilige Meldungen gebracht, die inhaltlich auf einen Sieg der Rechtsparteien und eine Niederlage der Sozialdemokratie hindeuteten. Die Wirklichkeit und die Wahrheit haben aber ein erheblich anderes Gesicht.

Die Landtagswahl in Thüringen ist ein glänzender Sieg der Sozialdemokraten. Darüber hinaus kann festgestellt werden, daß die von den Rechtsparteien angebotene Zerstückelung des roten Thüringen für sie als kläglicher Reinsfall geendet hat. Beachten wir nur das folgende:

Die Sozialdemokraten errangen bei der Reichstagswahl 1920 in Thüringen 135 000 Stimmen, bei der Landtagswahl 133 000 und diesmal nahezu 157 000!

Die Wählermacht der USP. fiel von 228 000 auf 183 000 und diesmal auf 111 000.

Die Kommunisten steigerten ihre Wahlziffer von 15 000 nach einem Rückschlag auf 8000 zu diesmal 72 000.

Die Deutschnationalen erhielten einschließlich Landbund bei der Reichstagswahl von 1920 rund 209 000 Stimmen, bei der thüringischen Landtagswahl im gleichen Jahre nur noch rund 180 000 Stimmen; diesmal vereinigten sie 179 000 Stimmen.

Die Deutsche Volkspartei hat bei den eben erwähnten drei Wahlen 116 000, 104 000 und 109 000 Stimmen erreicht.

Die Demokraten sammelten für sich 63 000, 58 000 und diesmal 38 000 Stimmen.

Panach verteilt sich die Zahl der Mandate so, daß die SPD. 13 gegenüber bisher 11 erhält, USPD. 9 bisher 11, RPD. 6 bisher 4, Landbund 10 bisher 11, Deutschnationale 4, bisher 4, Deutsche Volkspartei 9, bisher 8, Demokraten 3 bisher 4.

Die Linkstimmen, die Wähler der sozialistischen Parteien, schieden also diesmal 28 Abgeordnete in den thüringischen Landtag, die Rechtsparteien einschließlich der Demokraten 26.

Die bayerische Regierungsfrage.

Der Landesauschuß.

München, 14. September. Der ständige Landtagsauschuß trat heute nachmittag zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Königbauer ein Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr bekannt, worin dieser von dem Rücktritt des Gesamtministeriums Mitteilung macht. Der Präsident fügte hinzu, er habe auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr eine Sitzung des Kabinetts einberufen, die sich mit der Frage beschäftigen werde, wann die nächste Kabinettsitzung stattfinden solle, um die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bestellung des neuen Ministeriums vorzunehmen. Der Abg. Held bemerkte sodann, es werde in der Presse die Behauptung aufgestellt, daß er den Ministerpräsidenten gefürchtet habe. Zum Beweis dafür werde angeführt, daß schon seit längerer Zeit zwischen ihm und von Kahr bestehende Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten und daß er beim Katholikentag in Frankfurt mißrahe gemacht worden sei. In Frankfurt habe er überhaupt mit niemandem ein Wort über Politik gesprochen, mit Herrn von Kahr sei er in allen größeren Fragen durchaus einig gegangen. In einem sozialistischen Platte werde behauptet, er habe den Ministerpräsidenten deshalb gefürchtet, um selbst sein Nachfolger zu werden. Er möchte hierzu nur bemerken, daß er nach der Revolution schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt habe, Minister zu werden, es aber grundsätzlich jedesmal abgelehnt habe, und kurz vor der Revolution hätte er sich lediglich unter dem äußersten Zwange der Verhältnisse dazu herbeigelassen.

Abg. Limm (Soz.) erklärte, auch er sei überzeugt, daß Held bei den letzten Entscheidungen nur aus rein sachlichen Gründen gehandelt habe. Wohl in seiner Situation hätte bisher der Landtag und besonders auch die Mitglieder der Oppositionsparteien eine solche Toleranz an den Tag gelegt wie bei den letzten Vorgängen, wo man sich direkt von den Vertretern der Regierung

Das Spiel kann beginnen...

Konzertumschau.

Mit vollen Segen geht's in die Fluten der öffentlichen Konzerte hinein. Noch macht ein zweiter Sommer Ohr und Herz stumpf gegen die Kunst, empfänglicher für das Raunen und Klängen in der Natur. Über dem durch die fallende Sonne der Operette glorreichen Sommer soll kein Winter ehelichen Mißhoergnügens folgen. Die Karten sind so gemischt, daß Gang und Ende des Spiels nicht zu beurteilen ist. Wie viele Hoffnungen werden aufblühen, wie viele welken! Wen von den neuen Künstlern hält sich im Zeitenschoß der Erfolg, wem das Mißgeschick verborgen? Noch überstürzt sich alles in Herausstreichen der Namen, Werke, Aufführungen, Absichten. Gemacht nicht alles, was der Drucker setzt, wird in Wirklichkeit umgesetzt, nicht alles, was Wirklichkeit wurde, in wirkliche Kunst verwandelt. Dennoch verdirbt sich in der unscheinbarsten Anzeige oft mehr als Ehre und Stolz. Die bange Frage steht dahinter: werde ich's erreichen? Man möchte warnen: vergebens. Wen's gepackt hat, der läßt nicht locker, koste es, was es wolle. Es kostet viel, in anspruchsvollem Rahmen aufzutreten. Und man kann sich in Berlin — beschämend, es zu sagen — für ein gutes Kapital an Bantnoten ein gutes Kapital an Klubs in gepolsterten Stühlen anlegen. Wer wird nicht einen Namen kennen, der in Kleinstlettern alle Monate auf weißem Grund mit roten Buchstaben gedruckt ist! Welche Suggestion liegt nicht in der schlauen Lüge, daß die Billets bereits vergriffen sind! Uns soll nicht Geld und leerer Saal, nicht Unbefriedenheit und Lampenangst hindern, kritischen Amt mit Siebe zu verwalten. Nicht rechten mit dem Belanglosen, nicht richten über die Dede und Alltäglichkeit, nicht zornig werden beim ersten Versagen. Aber dem Snobismus, dem Kunstschieber auf die Finger zu klopfen, die unbegabte Ausnutzung der Musikantenkultur beim rechten Namen zu heißen und — größte Freude — das Erlebnis in der Kunst, wo es uns auch begegnet, wo es uns zu bereichern und zu beglücken scheint, mit lautem Ja zu begrüßen. Die Stunde ist da, in der die Geister sich bekennen müssen im Kampf. Das Spiel kann beginnen.

Der „Berliner Volkschor“ holt aus seinem alten Repertoire zunächst „Fausts Verdammung“ hervor, dieses selbstsamte alter Oratorien, mit dem sehr fragwürdigen Goethe nachgedichteten Text, der bei der Rückkehr ins Deutsche grotesk schlichte Betonungen aufweist, mit der ganzen knalligen Aufmachung eines Theatralikers, dem die Direktoren ihre Tempel verschlossen haben. Im durchschiften Chor, im kriegerischen, wenn auch gar nicht recht in den Stil passenden Ungarn-Marsch mit erlesenen Rezitationen und einer Fülle geschmeidiger charakteristischer und originaler Orchesterideen füllt Verloz hier dennoch einen langen Abend interessant aus. Ernst Band er betreut das Werk mit Geschick und Geschmack. Der durch die Fichte-Georgina verstärkte Volkschor, der unübersichtlich groß zu werden droht, leidet gelegentlich an dieser Tugend; das scharfe Martellato verhandelt, zwischen den weit entlegenen Bän-

ken und den Frauen schleichen sich im Zusammenklang Temporebenheiten, kleinste Böden ein, und dem Tenor wären endlich ein paar helle, ganz helle Stimmen (eventuell Knaben oder Frauen) beigegeben. Die Disziplin ist prächtig, und den beherzten Aufschwung nehmen alle Mitglieder, die mit wahrer Sturmgewalt über die Tonwogen des frisch gerüsteten Philharmonischen Orchesters dahinjagen.

Die schönsten Töne, mit denen uns der letzte Winter entließ, leiten auch die neue Saison verlockend ein: das Rosé-Quartett spielt. Raum ein höchster Wunsch bleibt unerfüllt. Selbst wenn über das Tempo eines Mozartschen Menuetts und jenes wundervoll elegischen Largo in Smetanas Lebensquartett gestritten werden könnte: hier ist von Rosé-Fischer, Ruzitska, Walter eine Einheit von musikalischer Prägnanz, Vortragsgestalt, Musikinnerlichkeit geschaffen, daß auch eine Absonderlichkeit der Auffassung von vornherein das Recht auf Seiten des Quartetts bringt. Mag sein, daß auch anderen Vereinigungen die Kraft des Beethovenischen op. 95 ähnlich großartig im Ausdruck ringt, die böhmische Brauerei des Polka gerade Smetanas Landsleute genau so aus den Geigen springt: die ätherische Klangdurchgeistigung, das lapprige Springen und die gezähmte Hurligkeit des Mozartschen G-Dur-Quartetts kann so beruhend nur aus dem Herzen von Musikanten kommen, die Wien ihre Heimat nennen. Unserer deutschen Bögen sind zu mäßig, zu hölzern dazu.

Unter den neuen Solisten macht sich Roland Hell mit einem gefunden, kräftigen männlichen Tenor bemerkbar, Augustin Rod mit einer Baritonstimme, die besonders langvoll und ausdrucksstark in der Mittellage ist und sehr lebendig mit Seele gefügt wird. Die schwedischen Lieder von Wilhelm Peterson-Berger passen gerade in die müde, flackernde Stimmung des Beethoven'saals, den Herzen matt erleuchtend. Sie tun dem Ohr nicht weh, wie das Licht dem Auge, sehnächtigt-weltumwägende Klänge, frei von Herbit und Nero. Dagegen jesseln die chinesischen Lieder Sigurds von Rod durch ein prickelnd-bewegliches Kolorit. In dem Gedicht „am Teesfeld“ ist Aufbau, Harmonik und Klanglos veredelt Begleitung ebenso treffsicher wie in dem letzten („so jart sind deine Füße“) die liebevoll atmende Grazie und Koketterie des Spiels. Lindemann macht das vorbildlich am Klavier. In der Philharmonie schmerzt kein großes Licht der Ampeln; aber das Ohr kommt nicht ohne Schmerz davon. Walter Kirchhoff gefällig sich darin, die Andacht Beethovenscher stiller Vortritt durch grelle theatralische Effekte, Dehnungen, rhythmische Zerstückelungen zu entstellen. Fluch der Bühnenroutine, die allerdings wieder einer martialischen Händel-Arie und einer Szene aus der „Africanerin“ zugute kommt. Donnernder Beifall auch nach dem elegant hingeworfenen Gefeilten Bolfs (nicht Wolfs, worüber sich der Meister todegergert hätte). Ein paar echte und wunderschöne offene Heldentöne erinnern an den Kirchhoff von einst. Möge er sie in spanischer Lust alle wiederfinden und sich immer wieder als Darsteller auf der Bühne ruhmvoll bewähren. Dr. Kurt Singer.

Der Erstdruck der „Göttlichen Komödie“. Der erste Druck von Dantes „Göttlicher Komödie“ gelangte im Jahre 1472 in Foligno, der Hauptstadt der italienischen Provinz Perugia, zur Ausgabe. Während auf dem Schlußblatt dieses Erstdrucks außer dem Jahre des Erscheinens auch die Namen der beiden Drucker, des Deutschen Johannes Reumeister und des Dichters Wei aus Foligno verzeichnet sind, blieb der Name eines anderen Bürgers von Foligno namens Emiliano Orsini, der das wesentlichste dazu beigetragen hat, daß das Druckwerk zur Ausführung gelangen konnte, jahrhundertlang unbekannt. Dieser Emiliano Orsini, der den ersten Schritt auf dem Wege zur Verbreitung von Dantes Dichtung in der Welt ermöglichte, war Goldschmied und ein zu seiner Zeit berühmter Steinschneider, der als Münzward unter drei Päpsten seines Amtes in Rom mit Auszeichnung gewaltet hat. Man nimmt an, daß Orsini in Rom die Bekanntschaft Reumeisters gemacht hat, der aus Mainz nach Italien gekommen war, um dort die neue Erfindung des Buchdrucks einzuführen. Orsini nahm den Deutschen mit nach seiner Vaterstadt Foligno und ließ ihn im Jahre 1470 in seinem eigenen Hause ein Werk seines Zeitgenossen Leonardo Aretino drucken. Zwei Jahre später wurde dann die Ausgabe der „Göttlichen Komödie“ in Angriff genommen. Orsini ließ seine reichen Mittel dem Deutschen nicht aus gewinnluchtiger Absicht, sondern es leitete ihn dabei ausschließlich der Gedanke, der Buchdruckerkunst in Italien Bahn zu brechen. Ohne seine Hilfe und pekuniäre Unterstützung wäre es dem Reumeister schwerlich gelungen, das Ziel, das er sich bei seiner Reise nach Italien gesteckt hatte, zu erreichen.

Ein Gedenkmal für Carl Hauptmann soll auf seinem Grabe ein Ausschuss errichten, der sich aus seinen Verehrern gebildet hat. In dem Aufruf stehen schöne Worte der Würdigung: „Er ist nie müde geworden, uns, seinem Volke, die Wege zu suchen in das Traumland des Lebens über den Wirklichkeiten, von dem nur die Dichter wissen, in den stets verlorenen, stets gesuchten Garten eines höheren, stärkeren, farbigeren, feurigeren Seins, an dem wir alle teilhaben, zu dem wir alle emporkämpfen sollen. Aller falschen Forschung, aller falschen Kunst hat er auf den goldenen Strophen seiner Trilogie, allem Nacht-, allem Gemaltes hat er in seinem „Krieg“, in seinem „abtrünnigen Jaren“ Fehde angelegt. Er hat in dem großen Kampf der Zukunft, dem Kampf zwischen Nacht und Geist, fest und unverrückbar Stellung genommen.“

Beiträge nimmt entgegen der Schahmeister Hans Arnold, Berlin W., Französische Str. 33e, für das Carl-Hauptmann-Denkmal.

Im Deutschen Opernhaus gastiert am Donnerstag Pola Negri de Padilla von der Staatsoper als Nigron.

Ernst Friedrich spricht „Offiziere“, 9 Bilder aus dem Weltkrieg von Hans Bieleman. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Kunsthalle, Peterburger Str. 33.

Die 1. internationale Tagung für Sexualreform findet vom 15.—19. September in Berlin statt. Donnerstag, den 15., 7 Uhr, ist die Begrüßungsfeier im Birken-Langensiedel-Haus. Zutritt zu allen Kongreßveranstaltungen haben nicht nur Ärzte und Juristen, sondern alle, die die Lösung der sexuellen Fragen für eine ernste und wichtige Kulturfrage halten.

Groß-Berlin

Die Jugend für Wyneken.

In einer überaus stark besuchten öffentlichen Versammlung des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin in der Aula des Sophien-Gymnasiums in der Weinmeisterstraße sprach Genosse Dr. Richard Bohmann in folgenden Gedankengängen über „Wynekens Erziehungsmethode“.

Die Arbeiterjugendorganisation nimmt als erste Berliner Jugendorganisation öffentliche Stellung zum Wynekenprozess; demnach handelt es sich um keine Protestkundgebung. Wir wollen nicht unterfragen, inwieweit wir uns hinter die Person Wynekens stellen können, wohl aber inwieweit die Sache Wynekens unersetzlich ist. Das Urteil des Thüringer Gerichtshofes — keines seiner Mitglieder zählte unter 60 Jahren — war kein juristisches, sondern ein politisches. Die Sache Wynekens sollte getroffen werden; die Widersorfer Schulgemeinde steht und fällt mit ihm. Das Schulwesen in Deutschland ist kein der Gegenwart angemessenes. Es entspricht den ökonomischen Zuständen vor etwa 30 Jahren. Wynekens optimistischer Ausspruch auf der Reichsschulkonferenz: „Hier ist der Ort, an dem die alte Schule zu Grabe getragen wird“, hat sich nicht bewahrheitet. Noch immer fehlt es an Wegweisern und Zielweisern. Wyneken war ein solcher Zielweiser. Noch immer herrscht auch in unserer Erziehung das individualistische Prinzip. Widersorfer war eine sich selbst erziehende Gemeinschaft. Die Familie in der überkommenen Form kann nicht mehr Selbstzweck sein; an ihre Stelle tritt die Erziehungsgemeinschaft. Die Kinder dürfen nicht länger Privateigentum der Eltern sein. Andererseits denkt naturgemäß kein Sozialist daran, Schulklassen einzurichten. Die Jugend darf nicht länger Mittel zum Zweck sein; sie hat ein Recht auf sich selbst und auf ihre eigene Lebensweise, auf jugendherge Führer und Erzieher.

Dem eindrucksvollen Vortrage folgte keine Diskussion. Nicht einmal die zahlreich erschienenen Kommunisten verlangten das Wort. Das gemeinsam gefungene Lied von der neuen Zeit, die mit uns zieht, verließ der kurzen Kundgebung einen würdigen Abschluß.

Philosoph und Geldscheinfälscher.

Aufhebung einer Fälscherwerkstätte in der Holzmarktstraße. Seit einem halben Jahre wurden besonders in Berlin falsche Tausendmarkscheine in den Verkehr gebracht. Sie waren namentlich daran zu erkennen, daß sie im Druck gewöhnlich fehler waren als die echten. Auch waren die bei den echten Noten in das Papier eingewirkten Faserstreifen bei den Fälschungen durch aufgeklebte Fasern ersetzt. Besonders kennlich waren sie auch daran, daß auf dem grünen und roten Stempel des Reichsbankdirektors der kleine Adler im Brustschild des großen Adlers bei den Fälschungen nur in einem unbestimmten Farbensfeld bestand, während er bei den echten Noten in seinen Umrissen deutlich erkennbar ist. Die Hersteller und Verbreiter dieser falschen Tausendmarkscheine sind jetzt von der Reichsbank-Fiskalabteilung ermittelt und festgenommen worden. Es sind ein Lithograph Erwin Pasahl, dessen Bruder, Photograph Bruno Pasahl, und ein Schriftsteller Franz Wjdrinski, der in der Holzmarktstraße 48a wohnte und in seiner Wohnung auch die Fälscherwerkstätte eingerichtet hatte.

Dieser Wjdrinski ist eine nicht uninteressante Persönlichkeit. Lithograph von Beruf, entdeckte er in jungen Jahren bei Himmelfahrt in der Schweiz einen Schieferbruch, der sich zur Herstellung von Lithographiesteinen ebenso eignen soll wie der bekannte Solenhofener. Der Lithograph wurde später Schriftsteller und Erfinder eines Stenographiesystems, das nach ihm das Wjdrinskische heißt. Er nennt sich jetzt Philosoph und hat Weihnachten 1920 eine Broschüre über die Systematik aller Begriffe und die Entdeckung der Patagonien als Lösung aller philosophischen Probleme herausgegeben. In den Geldscheinfälschungen will er sich nicht aus Eigennutz beteiligen haben, sondern um seine dem Laien reichlich phantastisch anmutenden Pläne einer „Reform der Gesamtwissenschaft“ gegen die Ablehnung der Wissenschaftler durchsetzen zu können.

Bezahlte Gefälligkeit.

500 Mark für die Zuweisung einer Wohnung. Wieder lag eine Schiebung in einem Wohnungsamt einer Anklage zugrunde, die gestern die Ferienkammer des Landgerichts I

gegen den Hotelbedienten Heiden und den Kaufmann Hermann Monte zu verhandeln hatte.

Monte war Angestellter in einem Wohnungsamt, bei dem sich der erste Angeklagte häufig, aber immer vergeblich, um Zuweisung einer Wohnung bemüht hatte. Er hatte dann Monte für die Sache zu interessieren gesucht und ihm gesagt: es solle nicht sein Schaden sein, wenn er bald in den Besitz einer Wohnung käme. Monte gab ihm den Rat, sich selbst eine Wohnung zu suchen, und fand auch eine solche in der Marienstraße. Diese war im Wohnungs-

so daß bis zum Jahresluß dauernd vier Schwurgerichte tagen werden.

Wieder geheizte Stadt- und Vorortzüge.

Anders als in den letztvergangenen Jahren wird in diesem Jahre die Heizung der Züge erfolgen. Wir erfahren von gut unterrichteter Seite über die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung zum kommenden Winter folgendes: Während in den früheren Jahren infolge Fehlens betriebsfähiger Heizkupplungen nur die Fernpersonen- und Schnellzüge geheizt werden konnten, wird es in diesem Jahre wieder möglich sein, auch die dem Lokolokverkehr dienenden Züge, also auch die Züge der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zu beheizen. Im allgemeinen sind die Vorarbeiten durchgeführt, so daß mit dem Eintritt der kälteren Witterung auch die Inbetriebsetzung der Heizung erfolgen kann. Den Anfang zur Heizung wird voraussichtlich in den nach dem Osten (Ostpreußen) verkehrenden Zügen gemacht werden, die auch schon in den früheren Jahren als die ersten Züge geheizt worden sind. Den besonders langen Zügen, die von der Lokomotive nicht geheizt werden können, werden im kommenden Winter wieder besondere Heizkesselwagen beigelegt, mit deren Hilfe eine möglichst gleichmäßige Erwärmung sämtlicher Abteile erzielt werden kann.

Eine große Kassa unternahm die Kriminalpolizei in der gestrigen Nacht in verschiedenen Teilen der Stadt. Veranlassung dazu gaben die letzten großen Kriminalfälle und auch Beschwerden aus dem Publikum wegen der immer stärker werdenden nächtlichen Unsicherheit. Die Streife begann in dem Schönhauser Viertel. Dort wurden eine ganze Reihe von Lokalen ausgehoben und alle Personen wurden, soweit sie sich nicht an Ort und Stelle ausweisen konnten, auf die Wagen geladen. Von dort begab sich das Kommando nach dem Slettinger Bahnhof, wo ebenfalls eine ganze Anzahl berüchtigter Lokale gesichtet wurden. Den Schluß bildeten die Behrenstraße und die Straßen ihrer Nachbarschaft, wo sich die großen Bergnützungsalale befinden. Dort hatte sich in der letzten Zeit ein Gefühdel breitgemacht, das viele Passanten belästigte. Im ganzen wurden gegen 800 Personen sistiert und auf dem Postgepräbium genauer festgesetzt.

Klante im Hungerstreik. Der verhaftete Wettkonzerninhaber Max Klante ist seinem Vorhau in Hungerstreik zu verharren, auch gestern treu geblieben. Falls der Festgenommene weiterhin die Nahrungsaufnahme verweigert, wird er in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses zu überführen, wo er dann zwangsweise ernährt werden würde.

Ein blutiger Chrestreif. Der 44 Jahre alte Wertmeister Karl A. geriet gestern in seiner Wohnung in der Birkenstraße mit seiner Ehefrau in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf Frau A. einen Revolver zog und ihren Mann durch einen Schuß in den Hals erheblich verletzte. Während man A. nach dem Krankenhaus Roabit schaffte, wurde die Täterin festgenommen.

Vorsicht beim Drahtsteigenlassen. Von der Gesellschaft für Kraftübertragung m. b. H. (Reichsministerialrat) wird danach gemeldet, in der Nähe der Hochspannungsleitung Golpa-Berlin und Sperenberg-Lichtenberg Drahten steigen zu lassen, da größte Lebensgefahr besteht, wenn sich die Drahtenschnur um die Leitungsdrähte wickelt. Eltern und Lehrern wird daher empfohlen, die Kinder eindringlich auf diese Gefahren hinzuweisen.

Eine heimatkundliche Studienfahrt nach Brandenburg an der Havel und in die Altmark veranstaltet vom 5. bis 8. Oktober 1921 das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 120. Es werden auf dieser Fahrt besucht: Brandenburg, Jerichow, Tangermünde, Stendal, Salzwedel. Die erlauternden Vorträge bei Besichtigung der Bauwerke und Kunstschätze der einzelnen Städte gibt Prof. Dr. Bock von der Technischen Hochschule zu Berlin. Näheres ist zu erfahren durch das Zentralinstitut.

Eine Demonstration in Bernau veranstalten das Gewerkschaftskartell und die drei sozialistischen Parteien Bernaus am Sonntag, den 18. September, unter der Parole: „Nieder mit der Reaktion!“ Referenten sind Genossen aller drei sozialistischen Parteien. Treffpunkt 11 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus, Kaiserstraße, Abmarsch 1 Uhr. — Am gleichen Tage findet in Bernau ein sogenannter Oberschlesierstag statt. Den hinter dem örtlichen Ausschuss stehenden Personen steht die Arbeiterkassette mißtrauisch gegenüber. Die Groß-Berliner Parteigenossen werden deshalb gebeten, soweit es ihnen möglich ist, an der sozialistischen Demonstration teilzunehmen.

Große öffentliche Wählerversammlungen

Heute, Donnerstag, 15. September, abends 7 Uhr:

19. Kreis (Pankow): bei Lindner, Breite Straße. Thema: „Die Stadtverordnetenwahlen und die Reaktion“. Referent: Bürgermeister Karl Wermuth.

Morgen, Freitag, 16. September, abends 7 Uhr:

13. Kreis (Mariendorf): im Realgymnasium, Kaiserstraße. Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen“. Referent: Dr. Kallmann.

13. Kreis (Lichtenrade): bei Rohmann, Waldrestaurant in der Hilperfsstraße. Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen“. Referent: Dr. Kollwigh.

amt nicht als frei gemeldet, Monte half ihm aber dadurch über den Berg, daß er die Genehmigung des Wohnungsamtes darauf setzte und ihm die polizeiliche Anmeldung überbrachte. Heiden dankte ihm für diese Gefälligkeit durch Zuweisung einer Summe von 500 Mark.

Der Staatsanwalt beantragte gegen H. wegen altiver Bestechung 1000 M. Geldstrafe, gegen M. wegen passiver Bestechung zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof bewilligte dem Heiden mildernde Umstände zu, da dieser sich in einer großen Notlage — wie alle Wohnungssucher — befunden habe, und verurteilte ihn zu 500 M. Geldstrafe. Monte wurde dagegen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, da nach Ansicht des Gerichts solchen Auswüchsen ganz energisch entgegengetreten werden muß. Aus diesem Grunde wurde auch dem Angeklagten eine Bewährungsfrist nicht gewährt.

Hauptwahlamt und Bezirkswahlämter.

Der Magistrat hat die Satzungen für das zukünftige Hauptwahlamt und die Bezirkswahlämter angenommen. Demnach verbleibt dem Hauptwahlamt die Bearbeitung aller Fragen in Wahlangelegenheiten, die eine Entscheidung im einheitlichen Sinne bedingen, wie Anordnungen über die Führung und dauernde Verächtigung der Wählerlisten in den Bezirkswahlämtern, Beschaffung der dazu nötigen Vordrucke. Ferner hat das Hauptwahlamt Vorschriften zu erlassen über den Verkehr der Bezirkswahlämter mit dem Hauptwahlamt, die Wahltermine und Wahlzeiten, die Bestimmungen über die Auslegung der Wählerlisten, über die Einreichung der Wahlvorschläge usw. Die Bezirkswahlämter haben die entsprechenden Aufgaben für ihre Bezirke nach den obenbezeichneten Vorschriften zu erledigen.

Das Ende der Gerichtsferien.

Die Gerichtsferien nehmen mit dem heutigen Tage ihr Ende und der Gerichtsbetrieb wird wieder in vollem Umfange in Gemäßheit des festgestellten Geschäftsplanes vom 18. September aufgenommen werden. Auf dem Kriminalgericht haben sich die spruchreifen Sachen so gehäuft, daß Verhandlungstermine in Halle und Halle angelegt sind. Am Schwurgericht des Landgerichts I beginnt am 28. eine neue Schwurgerichtstagung. In Anbetracht der zahlreichen zur Aburteilung reifen Sachen, werden gleichzeitig zwei Parallel-Schwurgerichte tagen. Bald darauf beginnen die Verhandlungen der Schwurgerichte an den Landgerichten II und III.

Die Verwandten sagten: „Er verdient dort das Doppelte wie hier“ und hießen sein Tun gut. Nur der alte Görke, unzufrieden mit dem selbständigen Entschluß seines Schwiegerohns, der ihm etwas rebellisch erschien, murrte: „Er ist ein unruhiger Geist und wird nicht eher ruhen, bis die Reger ihm seinen Dickschädel eingetrichtert haben. Das kann er aber doch bequemer hier auf dem Fischmarkt oder in Schildbich haben.“ In Schildbich waren die öffentlichen Tanzlokale, wo des Vergnügens mitternächtlicher Söhlz meist in Schlägereien und Messerstechereien ausartete. Die untergeleiteten Tanten flüsternten: „Er reißt vor seiner kalten Frau aus.“ Der Oberlehrer sagte: „Er will uns nichts schuldig bleiben; er weiß, daß die Familie immer der schlimmste Gläubiger ist.“

Frau Franzius sprach, wenn auf ihren Mann die Rede kam, immer in kühlen, gemessenen Ausdrücken, halb anerkennend, halb verweisend.

Sein Bild stand in einem großen Rahmen auf dem ovalen Tisch der guten Stube, hinter dem großen Photographiealbum. Es war ein scharf markiertes Gesicht mit forschenden Augen unter ediger Stirn.

Alle zwei Jahre kam er zu Besuch. In der übrigen Zeit sandte ihm seine Frau zu jedem seiner Geburtstage die neueste Aufnahme von sich und den Kindern. Das war seit Jahren fast der einzige Zusammenhang zwischen Ingenieur Franzius und seiner Familie.

Fräulein begriff diese Ehe nicht. Fräulein begriff so vieles nicht im Görkeschen Hause. Sonntagsstille zog ein.

Fräulein puchte in der Küche Spinat und dachte darüber nach, wer wohl die neueste Eroberung Theas sein mochte. Wenn es ein Bekannter war, konnte es auch einer von den Lehrern sein, die der Oberlehrer eingeführt hatte. Vielleicht auch einer der Kaufleute, die auf dem alljährlichen Hausball tanzten und die kalten Büfets stürmten. Ach, es lohnte sich nicht, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Es war wohl nur wieder so ein Hirnospinns Theas, wie so oft. Wie so oft.

Frau Görke kam in die Küche, sorgenvoll um sich blickend. Sie hatte das dunkle Gefühl, überall betrogen zu werden, wo sie nicht war; unerhörte Verschwendung wurde hinter ihrem Rücken getrieben. Sie traute weder Fräulein noch dem Mädchen einen Betrug zu; aber im Unterbewußtsein sah stets die Empfindung, aufpassen zu müssen, wenn nicht alles drunter und drüber gehen sollte.

Es war wohl das Erbteil von ihren Großeltern her, die in jähher Sparsamkeit ihr Vermögen erworben hatten, jeden Groschen vorsichtig anfassend, als wäre er heiß.

„Achten Sie mir darauf, daß nicht zuviel verloren geht, Fräulein!“

„Gewiß, gewiß.“

Es klingelte scharf und laut.

„Ach Gott, wer ist denn das schon wieder?“ Sie sah so verzweifelt aus, als erwarte sie die Einquartierung feindlicher Soldaten.

Fräulein sah auf die Küchenuhr. „Es ist erst zehn. Fremder Besuch kann es also nicht sein.“

„Wenn es nur nicht Tante Berta ist! Sie hält einen immer so schrecklich lange auf.“

Sie öffnete die Türe. Es war Tante Berta. Sie kam immer zu ungelegener Zeit. Vormittags in die Vorbereitungen zum Essen oder kurz vor einer Gesellschaft, zu der sie nicht geladen war, oder zu der Stunde, in der Frau Görke sich etwas Ruhe gönnte. Sie hatte einen angeborenen Instinkt, zu stören.

Dabei war sie nicht ungefährlich. Ihre lauwendenden Augen sahen böse in die Welt, und wenn ihre zusammengeschnittenen Lippen sich öffneten, war zehn gegen eins zu wetten, daß eine unliebsame Ueberraschung zutage kam. Frau Görke vermied es längst, sie ohne Bewachung mit Familienmitgliedern sprechen zu lassen. Ihre Taktlosigkeit waren berühmt im Kreise der Familie.

„Guten Morgen, liebe Berta! Komm nur herein!“ Frau Görke führte sie in die gute Stube, mit ergebener Miene, wie man Kriminalbeamte führt, die die Wohnung besichtigen wollen.

Tante Berta schlug ihre buntgemusterte Mantille zurück. „Hab keine Angst! Ich bleibe nicht lange. Aber ein Viertelstündchen wirst du mir wohl widmen können.“

„Kann ich dir nicht etwas anbieten? Ein Gläschen Portwein vielleicht?“

„Aber nein, Minna, zu so früher Stunde kann ich das Zeug gar nicht vertragen.“

„Ach ein Gläschen.“

„Run, wenn du schon dabei bist —“ Es war der übliche Eingang jedes ihrer Besuche, dieser Kampf um „das Zeug“, das sie dann mit der listigen Lüfterheit eines Igels schlürfte. Sie hätte es auch schwer übel genommen, wenn man sie ganz trocken hätte dastehen lassen.

Frau Görke verfolgte jede Bewegung Tante Bertas mit Argwohn und Angst. Was würde sie wieder haben? Denn daß sie etwas hatte, war klar. Sie sah viel zu sicher und überlegen da.

(Fortf. folgt.)

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1920, by J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin.

„Paß hübsch auf, Wernerchen, in der Kirche, ja? Und erzähle nachher, was Pastor Pawlowski gesagt hat!“

„Ja, Fräulein!“ sagte er langsam und deutlich. Es kam heraus wie aus einem Automaten, in den man zehn Pfennige hineinsteckt und der dafür die drei Silben spricht.

„Adieu, Werner! Die Mama kommt schon.“

Frau Franzius kam. Werner stand vom Stuhl auf. Er hatte etwas merkwürdig Mathematisches in seinen Bewegungen. Man dachte unwillkürlich an rechte Winkel, gerade Linien und dergleichen.

Frau Franzius sagte langsam: „Sie sollten auch einmal in die Kirche gehen, Fräulein!“

„Ach habe so wenig Zeit.“

„Dazu muß man immer Zeit haben.“ sagte sie kalt und zog ihre Handschuhe an. Ihre Handschuhe waren von vorbildlicher Eleganz. Es war der einzige Luxus, den sie sich leisten konnte. Er erlebte ihr Schmuß und Seide. Ihre Handschuhe stachen oft seltsam gegen die ungewählten Kleider ab, die immer etwas nach „Ausverkauf“ oder „Gelegenheitskauf“ ausluden.

„Komm, Werner, und halte dich gerade!“

Beide gingen. Ein paar Minuten später sagte Thea die Treppe herunter, mit fröhlichem Lachen Fräulein zuwinkend.

Sonderbar, wie verschieden beide Schwestern sind, dachte Fräulein, oder ist es die Ehe, die Frau Franzius so verändert hat?

Frau Dora Franzius war acht Jahre älter als ihre Schwester Thea, und sie hatte früh geheiratet. Aber diese Ehe konnte keinen sehr bestimmenden Einfluß auf ihren Charakter ausgeübt haben. Denn diese Ehe bestand seit Jahren nur noch dem Namen nach.

Ihr Mann, der Ingenieur Franzius, war fast immer außer Landes. Er hatte eine Reihe kleiner, aber wichtiger Bahnen gebaut. Jetzt war er in den deutschen Kolonien. Seit Jahren nahm er nur solche Aufträge in der Ferne an: seit dem Tage, da der alte Görke ihm vorgerechnet, wieviel er schon für ihn und seine Familie getan hatte. Von da an nahm Ingenieur Franzius nur die höchstbezahlten Aufträge an, gleichviel aus welchem Erdwinkel sie wintten.

Regelbildungsanstalt Groß-Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr... Die Ballade von Richard Wagner in der ersten Besetzung des Deutschen Opernhauses...

Groß-Berliner Parteinarichten.

12. Verwaltungsbüro. Für die Orte Steglitz, Zehlendorf und Hiltzfelde...

Heute, Donnerstag, den 15. September:

10. Abt. Charlottenburg. 7 Uhr bei Schlenker, Kaiser-Friedrich-Str. 66... 11. Abt. Charlottenburg. 7 Uhr bei Schlenker, Kaiser-Friedrich-Str. 66...

Morgen, Freitag, den 16. September:

2. Kreis, Hagenow. 7 Uhr Sitzung der Ortsabteilung und sozialistischen Eltern in der Schulaula, Bremer Str. 18/17... 11. Abt. Charlottenburg. 7 Uhr bei Schlenker, Kaiser-Friedrich-Str. 66...

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

Der Vorstandsbericht.

Jetzt, 14. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Den Bericht des Vorstandes ergriffte heute...

ein dauernder Wellenschlag von Bewegungen.

der nur langsam nachgelassen hat. Der Vorstand tat, was er konnte, um neben den Pflichten im Lande auch die internationalen...

die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation

aufrechtzuerhalten. Eine Fülle von Anforderungen ist im Vergleich zu früheren Jahren an den Vorstand herangetreten.

Dihmann besprach hierauf einzelne Gebiete der Tätigkeit des Vorstandes in der Berichtsperiode. Der Frage der jugendlichen Arbeiter ist alle Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Kenntnis realer Tatsachen

beibringen. Auch etwas Geschichtskennntnis der Arbeiterbewegung. Wir dürfen auf diesem Gebiet nicht halmachen bei den Achtzehn- oder Neunzehnjährigen.

Redner schildert nun die Einrichtungen, die der Vorstand für die Ausgestaltung des Bildungswesens geschaffen hat.

die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe

ein. Man müsse unterscheiden zwischen Tagesbewegungen und großem Kampf. Die Ansicht, daß nur Massenaktionen Wert haben,

schade der Organisation. Diejenigen, die sagen, die Gewerkschaften wolle nicht kämpfen, sollen einmal in unserem Jahrbuch die Zahlen nachlesen.

29 Millionen Mark für Streikunterstützung

ausgegeben. Wie kann da jemand behaupten, daß der Metallarbeiterverband nicht kämpft und für Kämpfe nichts ausgegeben hätte?

Es wird uns vorgeworfen, wir hätten wohl Lohnbewegungen geführt, der Reallohn sei aber gefallen. Das ist wohl richtig. Wir können aber die Wirkungen des Versailler Vertrages und des Krieges nicht weismachen.

Dihmann geht auf die Vorwürfe der Kommunisten gegen den Vorstand ein, weist diese scharf zurück und sagt dann: Ich hoffe, die Zeit wird wiederkommen, wo wir

alle wieder ein einheitliches Parteibuch in der Tasche

haben. (Gelächter bei den Kommunisten.) Mir ist dies nicht zum Lachen. Die Führung wirtschaftlicher Kämpfe dürfen wir nicht beurteilen nach engen Parteigesichtspunkten, sie sind so zu führen, wie es im Interesse der Arbeiterbewegung liegt.

Das Arbeitslosenproblem

kann nur gelöst werden durch eine Veränderung unseres Wirtschaftslebens. Die Arbeitslosigkeit ist verbunden mit unserem kapitalistischen System, das wir beseitigen müssen. Wir haben überall die Interessen der Arbeitslosen vertreten.

Dihmann besprach dann

die kommunistischen Treiberien im Verbande.

dabei wiederholt auf stürmischen Widerspruch der kommunistischen Delegierten stoßend. Die kommunistische Zellenbauerei machte das Eingreifen des erweiterten Beirats notwendig. Der Vorstand wurde aufgefordert, gegen die die Interessen des Verbandes schädigenden Mitglieder mit allen statutarisch zulässigen Mitteln vorzugehen.

Es ist uns gesagt worden, wir wären Vertreter an dem revolutionären Proletariat, wenn wir uns nicht Moskau anschließen. Russland kann dem westeuropäischen Proletariat nicht helfen.

Steht Ihr zu Sinowjew oder zu uns?

Für uns gibt es nichts anderes, als zu sagen: Keine Macht kann uns losreißen von dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam.

Am Schlusse seiner Ausführungen gab Dihmann nochmals ein Bild der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage und verweist auf die kommenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe. Er erklärte dann, er denke nicht daran, von seinen grundsätzlichen Anschauungen etwas preiszugeben.

zugelernt haben und manchen Erscheinungen nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Wer uns da einen Vorwurf macht, mag hingehen und sagen: Ich brauche dich nicht.

Ich hoffe, daß die deutsche Arbeiterchaft wieder zurückkommt zu einem geschlossenen Handeln. Das kann nur geschehen, wenn wir uns

einsetzen auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes.

Wir wollen aufbauen ein neues Wirtschaftsgebäude im sozialistischen Sinne. Der Zerstörungsprozess der Arbeiterklasse muß fallen, sonst ist die Arbeiterklasse verloren. Sorgen wir, daß es wieder heißt: „Proletarier aller Länder vereinigt euch.“ Wenn der Verbandstag dazu beiträgt, dann hat er der gesamten Arbeiterchaft gedient.

In der darauffolgenden Diskussion sprachen Hans Riß für die SPD, Risto Berlin für die USP und Walcher Berlin für die KPD. Haas brachte eine längere programmatische Erklärung für seine Fraktion ein, die Aussicht hat, vom Verbandstag angenommen zu werden.

Wir werden über die Nachmittagsitzung noch ausführlich berichten.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SB. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 7 Treppen rechts. Telefon: Sp. 121 66-18.

Heute, Donnerstag, den 15. September:

Karlshorst. Jugendheim, Schule Auguste-Victoria-Str. 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ ... 11. Kreis (Hilfsk.). Jugendheim Lichtberg, Poststr. 18, 11. Bezirk, Vortrag.

Aus aller Welt.

Unwetterkatastrophe in Amerika.

Wie aus Chicago gemeldet wird, ist das ganze Mississippi von einer Sturmflut heimgesucht worden, die von meteorologisch als Auswirkung und Teil der Wetterkatastrophe anzusehen hat, die vor einigen Tagen über die Stadt San Antonio in Texas hereinbrochen war.

Arbeiterport.

Der Reichs-Verband für Sport und Körperpflege veranstaltet Sonnabend, den 14. September, in den Räumen der „Neuen Welt“, Dönhofsplatz, ein großes Sportfest.

Wetter bis Freitag mittag. Ein wenig wärmer, zeitweise auflockernd, aber überwiegend bedeckt und besonders im Norden vielfach etwas Regen.

(Schluß des revolutionären Belles.)

Advertisement for Anflavin-Pastillen. Large stylized text 'Anflavin-Pastillen'. Below it: 'zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei Grippe, Halsschmerzen, Halsentzündung, Verstopfung. Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.'

Large advertisement for MAGGI'S Würze. Text: 'MAGGI'S Würze in großen Originalflaschen Nr. 6 besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat außer Geldersparnis noch die Garantie der Echtheit. Achtung auf unversehrten Plombenverschluß.'

habe brüskeren lassen. Abg. Heid (Bayr. Volkspartei) ersuchte, den Ausdruck „brüskieren“ nicht aufrechtzuerhalten. Er selbst sei es gewesen, der den Ministerrat ersucht habe, möglichst noch am Samstag nachts zu einer Entscheidung zu kommen, wodurch sich die lange Verzögerung ergeben habe. Abg. Reumann (U.S.P.) behauptete ebenfalls, daß es sich um ein illogisches Verhalten dem Landtag gegenüber gehandelt habe. Vorherrschender Heide wandte sich auch gegen diese Bezeichnung. Der Ausschuss trat sodann in die Tagesordnung ein und befaßte sich mit den Vorgängen in München, Nürnberg und Koburg.

Bruch der Bayerischen Volkspartei mit Kahr.

Unter der Überschrift „Bruch der Bayerischen Volkspartei mit Herrn v. Kahr, eine Wendung“ berichtet heute die „Münchener Zeitung“, daß die Rekonstruktion des Kabinetts Kahr vorläufig aufgegeben sei, vor nächster Woche sei schwerlich an ein neues Kabinett zu denken. Das Blatt beruft sich auf einen gestern abend erschienenen Artikel der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, der behauptet, daß gegen Ende die Krisis durch Einfluß von außen hervorgerufen worden sei.

Noch kein Bescheid aus München.

Nach der heiligen Erklärung der Regierungsstellen stellt sich die Lage in der Auseinandersetzung zwischen Berlin und München immer noch als unklar dar. Die Reichsregierung ist, wie mitgeteilt wird, bisher noch nicht von den Aufträgen des bayerischen Landtagsausschusses offiziell in Kenntnis gesetzt worden und hat, wie sie erklärt, daher keinen Anlaß, von der von ihr bisher beobachteten Stellung des Abwartens abzugehen.

München, 14. September. (Ill.) Auf Anordnung des Ministeriums des Innern wurde das „Bayerische Wochenblatt Heimatland“ wegen eines Auffahrs „Bayern im Todeskampf gegen Berlin“ in Nr. 37 vom 10. September 1921 bis auf weiteres verboten.

Presseverbote.

Durch Verordnung des Reichsministers des Innern ist die in Berlin erscheinende „Kote Fahne“ vom 15. bis 17. September und das in Gotha erscheinende „Gothaer Volksblatt“ vom 15. bis 22. September, beide auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921, verboten worden.

Das große Abrücken.

Nachdem nun festgestellt worden ist, wer die Mörder Erzbergers sind und aus welchen Kreisen sie stammen, geht durch die offiziellen und offiziellen Korrespondenzen das Inzornende Geräusch des großen Abrückens. Die bayerische Regierung bereist sich, als erste zu versichern, daß bisher unter den Mitschuldigen der Tat keine „bodenständigen Bayern“ sich befinden. Hat auch niemand beauptet. Im Gegenteil weisen wir schon seit Wochen darauf hin, daß Bayern das Aht jener puffsässlichen Aktyreuen ist, denen in Preußen selber der Boden zu heiß wurde, der Sammelpunkt aller Kappisten unter Führung der Oberkappisten Sudendorff und Traub. Dies wird durch die mißglückte Dementi der bayerischen Regierung offiziell bestätigt.

Ein anderes Bureau bereist sich zu versichern, daß nach der bisherigen Untersuchung die Deutschnationale Volkspartei und ihre leitenden Persönlichkeiten von dem Anschlag gegen Erzberger in keiner Weise etwas gewußt haben. Hat auch niemand behauptet. Aber um so sicherer haben sie die Tat moralisch vorbereitet.

Das Reichswehrministerium verkündet durch W.B., daß aktive Offiziere der Marine sich nicht unter den Tätern befinden hätten.

„Leutnant Hütter“.

Wir melden bereits, daß sich ein angeblicher Leutnant Hütter in Potsdam der Polizei gefiel hat unter der Selbstbesichtigung, der Mörder Erzbergers zu sein. In maßgebenden polizeilichen Kreisen steht man, wie wir erfahren, dieser Selbstbesichtigung sehr skeptisch gegenüber. Natürlich wird ihr mit aller Gründlichkeit nachgegangen, doch ergibt sich schon jetzt, daß das Signalement der Mörder, die ja von mehreren Personen genau beschrieben worden sind, auf Hütter nicht paßt. Wahrscheinlich wird noch im Verlauf des heutigen Tages eine polizeiliche Erklärung über den Fall herausgehen.

Von der Korrespondenz W.E. wird auf Grund polizeilicher Informationen die Vermutung ausgesprochen, daß der angebliche Hütter ein alter Bekannter der Berliner Polizeibehörden sei, der sich durch die Selbstbesichtigung vor der Verfolgung wegen anderer Straftaten schützen wolle. Deshalb ist keine Photographie und kein Signalement der Berliner Polizei von der Potsdamer Polizei zur Nachprüfung auch in dieser Richtung übersandt worden. Wahrscheinlich auch, daß der Festgenommene den Namen Hütter zu Unrecht führt. Er macht nicht den Eindruck eines Offiziers. Der aus dem Namen Leutnant Kurt Hütter lautende Ausweis, den der Unbekannte bei sich führte, ist von ihm selbst angefertigt worden. Auf der anderen Seite sollen allerdings gewisse Umstände darauf hindeuten, daß Hütter, wenn er auch nicht der Täter gewesen ist, doch zu einem Kreis von Leuten gehört hat, der sich mit dem Gedankens der Ermordung Erzbergers trug. Als ihm bei seiner Vernehmung vorgehalten wurde, daß ihm eine direkte Beteiligung an dem Mord den Kopf kosten könnte, erwiderte Hütter: „Ich glaube nicht, daß eine solche Tat überhaupt bestraft wird.“ (Hütter scheint ein Kenner unserer Justiz zu sein. Red. d. „B.“) Er wurde dann allerdings sehr kleinlaut, als ihm erwidert wurde, daß er keinerlei Schonung erwarten dürfe, sondern als gemeiner Mörder bestraft werde, wenn seine Angaben auf Wahrheit beruhen. Am heutigen Donnerstag soll die Vernehmung Hütters fortgesetzt werden.

Todesstrafe für Getreideschleber.

Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands hat als Spitzenorganisation des deutschen Getreidehandels an die Reichsregierung, z. Händen des Herrn Reichsjustizministers Schiffer eine Eingabe gerichtet, in der er sich gegen die Gerüchte von Getreideverschleberungen ins Ausland wendet. Er begnügt sich nicht damit, die Vorwürfe, die auf starken Hebertreibungen beruhen dürften, zurückzuweisen und seinerseits die Mitarbeit an der Betämpfung solcher Verschleberungen zuzusagen, sondern er schreibt:

„Da aber leider die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß verrückte Gesellen aus gemeinsamem Eigennutz sich an eigenen Volk verrückten, so würden wir es im Interesse der Veruhigung der Öffentlichkeit und vor allem auch zur entsprechenden Vergeltung so nichtswürdiger Verbrechen für notwendig und zweckmäßig erachten, wenn auf die unbefugte Ausfuhr von Getreide, Kartoffeln und ähnlich wichtigen Lebensmitteln die Todesstrafe gesetzt würde. Wir bitten die Reichsregierung, eine entsprechende Gesetzesvorlage Reichsrat und Reichstag vorlegen zu lassen.“

Wir sind Gegner der Todesstrafe, freuen uns aber, daß hier einmal ein Interessentenverband den Mut zu einer solchen Forderung aufbringt. Es wäre erfreulich, wenn sich bald ein Verband der Besitzsteuerpflichtigen finden würde, der in gleicher Weise für die steuerliche Ehrlichkeit einzutreten würde.

Das internationale Schiedsgericht.

Der Völkerbund schritt in seiner gestrigen Sitzung zur Wahl der Delegierten für den Staatsgerichtshof. Dieser Staatsgerichtshof soll das Institut werden, vor dem die internationalen Streitfragen auf dem Wege richterlicher Entscheidungen ihre friedliche Lösung finden, er soll das Forum werden, das zu sein sich der Haager Friedenspalast vergeblich bemühte. Er kann diese Tribüne aber nur werden, wenn er das internationale Vertrauen in weitestem Umfange genießt, wenn vor allem die Mitglieder des Völkerbundes selbst ihn als den Gerichtshof ansehen, der auch für ihre Streitfragen zuständig ist. Darüber hat man bisher auffallend wenig gehört. Es steht noch nicht einmal fest, ob alle Signatarmächte die Statuten des Staatsgerichtshofes unterzeichnen werden.

Teilgenommen an der Wahl haben 42 Staaten. Die absolute Mehrheit beträgt demnach 22. Die Mehrheit ist erzielt worden von Afrika-Spanien mit 23 Stimmen, Alvarez-Chile mit 24 Stimmen, Anzilotti-Italien mit 34 Stimmen, Barbosa-Brasilien mit 38 Stimmen, de Bucaramente-Kuba mit 26 Stimmen, Finlay-England mit 29 Stimmen, Loder-Holland mit 24 Stimmen, Oda-Japan mit 30 Stimmen, Reich-Frankreich mit 30 Stimmen. Gewählt sind also 9 Richter. Es sind in einem zweiten Wahlgang noch 2 Richter zu wählen. Nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte, ob die Kandidaten für den zweiten Gang aus den bereits aufgestellten Kandidaten zu nehmen sind oder ob die Wahl statutengemäß vollständig frei ist, beschloß man das letztere. Der zweite Wahlgang, der darauf vorgenommen wurde, ergab für Moore-Vereinigte Staaten 21 Stimmen. Er wurde von der Versammlung für gewählt erklärt, weil von den 42 wählenden Staaten zwei ungültige Stimmzettel abgegeben hatten. Weiter haben im zweiten Wahlgang erhalten Regulesco-Rumänien 16, Huber-Schweiz 12, Descamps-Belgien 7, Röhölm-Dänemark 3 Stimmen, während die übrigen sämtlich zerplittert waren. Der dritte Wahlgang blieb ergebnislos, da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte. Auch der vierte Wahlgang brachte kein Resultat.

Im fünften Wahlgang wurden Hubert-Schweiz und Regulesco-Rumänien gewählt, ersterer mit 22, letzterer mit 16 Stimmen. Doch wurde Prof. Hubert vom Völkerbunde nicht bestätigt. Dafür standen auf der Liste des Völkerbundes Descamps-Belgien und Röhölm-Dänemark. Die Sitzung wurde darauf unterbrochen und erst um 5,15 Uhr wieder aufgenommen. Der Präsident teilte mit, daß auch Hubert und Röhölm vom Rate gewählt und somit sämtliche Richter definitiv ernannt worden sind. Die Versammlung schreitet darauf zur Wahl der Ersatzrichter. Bei der ersten Abstimmung erreichten nur Alvarez und Regulesco das absolute Mehr, so daß die Wahl der beiden anderen Richter noch aussteht.

Reparationsabkommen vor dem Abschluß?

Paris, 14. September. (G.) Man hält es hier für möglich, daß das zwischen Rathenau und Loucheur getroffene Abkommen bereits am 1. Oktober Gültigkeit erlangt. Es hängt dies nur von der Reparationskommission ab, die ihren Standpunkt zu dem Abkommen wahrscheinlich nach vor dessen Ratifizierung bekanntgeben wird. Die in Wiesbaden unerledigt gebliebenen Fragen: Eisenbahnmateriale, Industriemateriale, Vieh- und Kohlenlieferungen befinden sich noch in der Schwebe und dürften in nächster Zeit Gegenstand einer neuen Besprechung bilden, die aber, da es sich hier nur um die Festsetzung von Zahlen handelt, nur wenige Stunden in Anspruch nehmen dürfte.

Neuordnung des britischen Reiches.

London, 14. September. (G.) Die „Times“ meldet, daß das Kolonialamt die Umgestaltung der Verwaltung der englischen Dominions und der Kolonien vorsehe. Nach diesem Projekt würden Gruppierungen der verschiedenen Kolonien und Dominions nach ihrer geographischen Lage vorgenommen und ihre Verwaltung Oberkommissaren anvertraut werden, die die vollkommene Kontrolle über die militärischen und die Marinekräfte ausüben hätten. Allen Kolonien und Dominions würde fortan größere Freiheit im Handel, in landwirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung gegeben werden.

Die polnische Krise.

Warschau, 14. September. (Ill.) Der Abgeordnete Głominski richtete an den Sejm-Marschall ein Schreiben, worin er sich zur Bildung des Kabinetts bereit erklärte, unter der Voraussetzung, daß er für folgendes Regierungsprogramm eine Mehrheit findet: 1. Neuwahlen innerhalb von vier Monaten, 2. Hebung der Valuta durch Einführung der Guldenwährung (?) in Polen, und Bildung von Emissionsbanken auf Aktien, 3. Walsanierung des Budgets durch Entlassung von Beamten der Amtsstellen im Auslande, Hebung der Eisenbahn- und Posteneinnahmen, Steigerung der indirekten und Erhebung der bereits beschlossenen Steuern. Außerdem soll den Selbstverwaltungsorganen das Recht zuerkannt werden, selbständige Einnahmequellen zu schaffen, 4. Sofortige Erhebung einer Zwangsanleihe, 5. Die außerordentliche Abgabe wird auf einen späteren Termin verschoben.

Goldwertebatte im Reichswirtschaftsrat.

(Schluß aus der Abendausgabe.)
Hubermann (Arbeitnehmervertreter des Handels): Wir werden für den Antrag Bissell stimmen, wie ihn der Kollege Cohen hier erläutert hat. Wir müssen rasch Geld schaffen, damit wir im nächsten Jahre die Reparationsleistungen erfüllen und die politische Atmosphäre entspannen können. Wir müssen eine organisierte Steuerfabrik, besonders seitens der Landwirtschaft, mit allen Kräften zu verhindern suchen.

Ziellinger (Vertreter der freien Berufe): Wann wird denn endlich der Anfang damit gemacht, die ganze Verwaltung zur Wirtschaftlichkeit zu erziehen? Warum verhält man sich gegenüber der Mitarbeit der wirtschaftlichen Verbände ablehnend?
Wuffow (Berliner Straßenbahn) ist gegen die Heranziehung der Goldwerte, Aufgabe der Regierung muß es sein, einen Zwangsvergleich mit den Gläubigern herbeizuführen. Wir dürfen nur aus dem Ertrag herausholen, die Substanz muß unerschert bleiben.

Albrecht (Arbeitnehmervertreter der Landwirte): Bei der Besteuerung der Landwirtschaft darf nicht der Goldwert, sondern der Ertragswert zugrunde gelegt werden. In der Provinz Hannover erzielen die Großgrundbesitzer durch Weiterverpachtung des billigen, von der Klosterkammer abgepachteten Landes überhöhte Gewinne. Eine Belastung des Sachkapitals bedeutet noch keine Konfiskation.

Damit schließt die Generaldiskussion.
Der Antrag Bissell wird mit den Änderungen dem Reparationsauschuss übermiesen.
Es folgt die Beratung über den Antrag Cohen, betreffend internationale Vereinbarung zur Feststellung von im Ausland befindlichen Vermögenswerten.

In Verbindung damit wird der Antrag Schweiger-Marg, betreffend den Ausbau der Handelsstatistik beraten. Der vom finanzpolitischen Ausschuss bereits am 4. Juni angenommene Antrag geht dahin, an diesem Ausbau mit dem Ziele heranzutreten, daß ein genauer Nachweis über den Wert und Verbleib deutscher Forderungen an das Ausland gegeben wird.

Beide Anträge werden ohne Diskussion angenommen.
Ein Gesetzentwurf der Reichsregierung will die am 1. März 1921 tariflich vereinbarte

Arbeitszeit für Arbeiter unter Tage im Stein- und Braunkohlenbergbau als Höchst-Arbeitszeit gesetzlich festlegen. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat nach längerer Beratung einen Antrag Gärtner (Arbeitnehmervertreter des Kohlenbergbaus) gutgeheißen, wonach diese Maßnahme entsprechend für den gesamten Bergbaubetrieb unter Tage greifen soll. Soweit Tarifverträge nicht bestehen, soll die Schichtzeit im allgemeinen 7, bei besonderen wirtschaftlichen Notwendigkeiten 7½ Stunde betragen. Tariflich entsprechende Abstellungen sollen vorgenommen werden bei Temperaturen von 28 bis 32, von 32 bis 36 und von mehr als 36 Grad Celsius. Nachdem der Referent Gärtner eine ausführliche Darstellung der Ausschussverhandlungen vorgetragen hatte, stellt Kommerzienrat Schumann (Arbeitgebervertreter des Kohlenbergbaus) den Antrag auf Vertagung. Die dem Antrag entgegengehalten, daß der Ausschussantrag mit allen gegen eine Stimme zur Annahme gelangt ist. Nach Ablehnung des Vertagungsantrages wird der Ausschussantrag fast einstimmig angenommen.

Von den vereinigten Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschüssen ist ein Beschluß neuerdings zur Erwerbslosenfürsorge angenommen worden, der spezialisierte Vorschläge für die Handhabung der Unterstehenden wie produktiven Erwerbslosenfürsorge enthält. Dieser Antrag gelangt ohne Erörterung nach kurzer Empfehlung durch Bissell einstimmig zur Annahme.

Die Verhandlung über den Ausschussbericht betreffend den Gesetzentwurf über die Lohnstatistik wird vertagt, da Staatssekretär Hirsch, der dazu sprechen will, heute verhindert ist.

Der Reparationsauschuss tritt zur Beratung des Antrages Bissell am Donnerstag zusammen. Nächste Vollsitzung Ende September.

Der Beamtenauschuss des Preussischen Landtages beendete am Mittwoch die erste Lesung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgehalt für die Beamten, und war einstimmig der Ansicht, daß den nach dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten bezw. den Hinterbliebenen der Verstorbenen gehalten werden muß. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der Hauptauschuss wird sich aber wegen der dadurch wesentlichen neuen Finanzbelastung noch damit zu beschäftigen haben. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 22. September. Tagesordnung: Erste Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Lehrerbildungsgehalt.

„Aufbau und Wiedergutmachung.“ Diese im Verlag für Sozialwissenschaft erschienene Schrift des Genossen Baruz enthält eine Sammlung von Artikeln des Verfassers, die das Problem des Friedensvertrages und seiner Erfüllung nach dem Ententeulimum unter den verschiedensten Gesichtspunkten behandeln. Die klare, eindeutige Sprache, die scharfe Beweisführung, die den Friedensvertrag in seiner gegenwärtigen Form als undurchführbar darstellt und Wege zur Erfüllung seiner gerechtfertigten Forderungen weist, verschaffen dem Buch einen Wert, der erst dann voll zu Geltung kommen wird, wenn die Nachpolitik der Entente nüchternen Arbeit an der Liquidation des Völkermordes und der Materialvermittlung völlig gewichen sein wird. Wir haben die Grundzüge des Vorschlages zum Wiederaufbau, der auf Naturalleistungen abzielt, seinerzeit wiedergegeben. Das Buch behandelt die hierher und zur allgemeinen Wiedergutmachung gehörigen Fragen mit einer Fülle von Material, dessen Kenntnis für jeden praktischen Politiker unentbehrlich ist. Wir können also das Buch, dem zwei frühere Broschüren Baruz' — „Der Friede und der Sozialismus“ und „Die soziale Bilanz des Krieges“ — beigegeben sind, nur empfehlen. Leider macht der hohe Preis des Wertes (60 R.) vielen, für die es geschrieben ist, die Anschaffung unmöglich.

Die irische Frage. Die Abgeordneten der Sinnfeiner sollen sich mit Lloyd George über Gegenstände von vitaler Wichtigkeit unterhalten haben, welche ihre Rückkehr nach Dublin zur Befragung des irischen Kabinetts notwendig gemacht haben. Die Antwort der Sinnfeiner wird am Freitag oder Sonnabend überreicht werden.

Wirtschaft

Der Valutasturz.

Der Valutarückgang, hauptsächlich gefördert durch eine gewissenlose Spekulation, hat sich derart verschärft, daß für die meisten fremden Devisen die höchsten im letzten Jahre gezahlten Preise überschritten sind. In welchem Maße das der Fall ist, zeigt die nachstehende Tabelle, die die letzten Kurse der Berliner Börse vergleicht mit den höchsten im vorigen Jahre ermittelten amtlichen Devisenkursen, und zwar ist dabei der Tag vermerkt, an dem diese Höchstkurse notiert wurden. Man zählte für

	14. 9. 21	Höchstkurs 1920	am
100 holl. Gulden . . .	3489,05	4200,—	27. 1.
100 belg. Francs . . .	704,70	740,—	14. 2.
100 norweg. Kronen . . .	1408,55	1850,—	27. 1.
100 dänische . . .	1983,05	1700,—	27. 1.
100 schwed.	2367,60	2000,—	27. 1.
100 finnische Mark . . .	128,85	465,—	5. 2.
100 Lire	480,50	555,—	5. 3.
1 Pfd. Sterling	408,05	551,—	5. 3.
1 Dollar	109,64	108,75	6. 2.
100 franz. Francs . . .	779,20	714,90	20. 2.
100 Schweiz. Franken . .	1883,10	1800,—	27. 1.
100 spanische Pesetas . .	1418,55	1850,—	27. 1.
100 österr. Kronen abgst. .	10,18	89,50	1. 3.
100 tschech. Kronen . . .	132,85	104,—	16. 2.
100 ung. Kronen	21,97	33,—	30. 3.

Recherchieren sind also die Preise für belgische, dänische, schwedische, englische, nordamerikanische, Schweizer und tschechoslowakische Zahlungsmittel. Dagegen sind andere, früher hochwertige Devisen am Weltmarkt im Preise zurückgegangen, so daß sie jetzt auch im Verhältnis zur Mark gegen die vorjährigen Höchstkurse ungünstiger stehen als die erstgenannten Werte, so holländische Gulden, norwegische Kronen, italienische Lire, französische Franken. Besonders auffallend ist, daß die österreichische Krone ihr Verhältnis zur deutschen Mark, das sie seit Monaten innehat, auch bei der letzten Verschlechterung der deutschen Valuta nicht wesentlich verändert hat. Die Krone gilt immer noch etwa 10 Pfennige, hat allerdings im vorigen Jahre noch bis zu 30,5 Pf. gegolten.

Die Tabelle läßt auch erkennen, wie die deutsche Spekulation das fertig bekommen hat, was die Kriegsdrohungen der Entente im vorigen Jahre nicht zustande gebracht haben. Wohl ist die Finanzlage des Deutschen Reiches bedeutend schlechter geworden. Aber seine Wirtschaftslage hat sich bedeutend verbessert, und es ist in den Beratungen des vorl. Reichswirtschaftsrates wiederholt betont worden, wie sehr der Widerspruch zwischen Finanz- und Wirtschaftslage dadurch entstanden ist, daß das Reich von der gesteigerten Wirtschaft nichts erhalten hat. Die Steuerfabrik der für die Produktion verantwortlichen Kräfte muß also gebrochen werden, wenn eine Besserung der Valuta eintreten soll.

Gewerkschaftsbewegung

Revolverhelden beim Filmstreik.

Vor dem Hause „Janja-Film-Verleih“ G. m. b. H., Zimmerstr. 16/18, kam es Mittwoch anlässlich des Streiks in der Filmindustrie zu einer Schießerei, welche eine weitere Erbitterung in die Kreise der Arbeiter und Angestellten getragen hat. Als ein Streikposten sich in den Hausflur begab um einige Arbeitswilige aufzuklären, gab der sich dort im Hintergrunde aufhaltende Personalschef Ott, wohnhaft Richterstraße, zwei Schüsse aus einem Revolver auf den Streikposten ab und schickte dann die Treppe hinauf. Der Streikposten wurde glücklicherweise nicht verletzt, erlitt aber einen Nervenschlag. Durch diese Heldentat wurde die Schließung des Betriebes veranlaßt und die Streikbrecher unter polizeilichem Schutz aus dem Betriebe geleitet.

Die Arbeitgeber sind durch die Geschlossenheit der Arbeiter und Angestellten reichlich nervös geworden und alarmieren dauernd die Schupo. Aber es wird anerkannt, daß sich die behördlichen Organe mit sehr wenigen Ausnahmen korrekt benommen haben.

Die Streiklage an sich ist unverändert, die gesamte Industrie liegt brach und in den Verleihgeschäften hat sich wieder eine Anzahl Angestellter dem Streik angeschlossen. Die Stimmung der Streikenden ist durchaus zuversichtlich und fest. Das Reichsarbeitsministerium hat seinerzeit von sich aus bereits Schritte unternommen, um mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Filmindustrie eine Lösung der Krise herbeizuführen.

Die betrübten Lohgerber.

Jede Lohnbewegung, die auf friedlichem Wege beigelegt und damit jeder Streik, der vermieden wird, bedeutet für die kommunikativen Lohgerber ein fortgeschwommenes Fell, worüber sie bittere Tränen vergießen, dabei aber nicht veräumen, auf die Gewerkschaftsbureaufraße zu schimpfen.

Die „Rote Fahne“ vom Mittwoch morgen bringt den Bericht über das Ergebnis der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes unter den letzten Leitern: „Der Lohntampf der Bergarbeiter durch die Gewerkschaftsbureaufraße abgewürgt.“ Sie hat von ihrem Standpunkt aus freilich recht. Während es die Aufgabe der täglich zweimal von ihr geschmähten „Gewerkschaftsbureaufraße“ ist, jede Lohnbewegung möglichst ohne Streik erfolgreich zu Ende zu führen, wozu freilich mehr Verstand und Geschick gehört als zur Streikhebe, erblicken die „Revolutionäre“ ihre Hauptaufgabe darin, ohne Rücksicht auf den Erfolg, ohne Rücksicht auf das Elend, das den Arbeitern aus einem Mißerfolg erwächst, auch die einfachste Lohnbewegung zum Streik zu treiben.

Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo die „Gewerkschaftsbureaufraße“ außer diesem und jenem Streik auch das verwerfliche und verächtliche Treiben dieser Streikmacher gründlich „abwürgt“. Mit Menschenwürde zu spielen zur Verfolgung von Wahnideen, die in ihrem Ursprungslande längst als undurchführbar erwiesen sind, ist verwerflich. Selbst wenn diese Tätigkeit im Auftrage und auf Rechnung von Sowjetrußland in Deutschland von den dazu angestellten Personen ausgeübt wird und diese noch immer glauben sollten, sie könnten die „Weltrevolution“ machen.

Zum Streik in der Holzindustrie.

Gestern fanden in den Räumen der Neuen Welt zwei Versammlungen der streikenden Holzarbeiter statt. Die Gesamtzahl der Anwesenden betrug 8000—10000. Im großen Saal wurde von Böse, im kleinen von Freygang Bericht erstattet.

Die Redner schilderten die frühere Politik der Arbeitgeber und die Richtlinien, die sie sich im derzeitigen Lohntampf für ihr Vorgehen gegen die Arbeiter gesteckt haben, und behandelten kurz die Ausdehnung des Kampfes. In der ersten Streikwoche streikten 9007 Arbeiter in 638 Betrieben, in der vierten Woche 9928 in 718 Betrieben. Von den Betrieben haben inzwischen 102 bewilligt und 1056 Arbeiter sind unter den geforderten Lohnbedingungen in Arbeit getreten. Außerdem haben noch weitere 418 Betriebe mit 4300 Arbeitern die Forderungen anerkannt. Freudig konnten die Redner konstatieren, daß volle Einmütigkeit unter den Streikenden darüber herrsche, an den gerechten Forderungen mit aller Energie festzuhalten und geschlossen bis zum Siege für diese zu kämpfen.

Ein Antrag, die beschäftigten Kollegen moralisch zu verpflichten, den Streik durch Entnahme einer Streikmarke zu 5 M. pro Woche und Kopf zu unterstützen und den Streikenden sowie auch den Arbeitslosen einen Mietzuschuß in der Woche vom 19. bis 24. September zu gewähren, wurde einstimmig angenommen. Ebenso einstimmig gelangte eine Entschließung zur Annahme, nach der die Versammlung von den Verschlechterungsanträgen der Arbeitgeber zu dem Reichsmanteltarif Kenntnis nimmt und diese entschieden zurückweist. Ferner wird erklärt, daß die Berliner Holzarbeiter ein Recht darauf haben, nicht unter ungünstigeren Bedingungen wie die Kollegen des Reichs zu arbeiten. Die Verhandlungskommission wird beauftragt, für die bedingungslose Anerkennung des Reichsmanteltarifvertrages zu wirken. Für den

Abschluß des Lohntarifs sind die angestaltlichen Verhältnisse zu berücksichtigen und die Forderungen diesen anzupassen. Mit aller Entschiedenheit werden alle Holzarbeiter für vorstehende Forderungen eintreten und die Streikenden die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis sie anerkannt sind.

Demonstration für das Recht der Betriebsräte.

Zu einer solchen gestaltete sich die öffentliche Versammlung der Angestellten der Kommerz- und Privatbank am Dienstag. Ein Mitglied des Betriebsrats berichtete über den am Sonntag im

* POSTABONNENTEN *

welche auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ legen und eine Unterbrechung in der Zustellung nicht wünschen, müssen die Erneuerung des Postbezuges in den Tagen vom 15. bis 20. d. M. bei dem zuständigen Postamt vornehmen. Der Bezugspreis beträgt einschließlich Zustellungsgebühr 12 Mark.

* Vorwärts-Verlag G. m. b. H. *

„Vorwärts“ geschiedenen Konflikt wegen der Teilnahme an der Demonstration am 31. August.

Beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat die Direktion den Antrag gestellt: „Der Schlichtungsausschuß möge gemäß § 39 Absatz 2 BHO. das Erlöschen der Mitgliedschaft den Vorstehenden des Betriebsrats der Kommerz- und Privatbank, Albert Grafmann sowie des Betriebsratsmitgliedes Richard Richter wegen gröblicher Verletzung ihrer gesetzlichen Pflichten beschließen.“

Am Dienstag war nun Termin vor dem Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Krusenberg. Vom Vertreter der Direktion, Herrn Reinia, wurde beantragt, die Sache zu vertagen und in einem neuen Termin unter Hinzuziehung eines unparteiischen Vorsitzenden zu entscheiden. Dagegen wurde vom Betriebsratsmitglied Richter beantragt, in die Verhandlung einzutreten, weil kein Grund zur Vertagung vorliege. Der Schlichtungsausschuß beschloß jedoch „aus Zweckmäßigkeitsgründen die Sache ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen zu vertagen und die Verhandlung unter tunlichster Beschleunigung unter dem Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden stattfinden zu lassen.“

Darauf beantragten Richter und Grafmann, zu der nächsten Verhandlung andere Arbeitgeberbeisitzer zu laden, da von den jetzigen durch diesen Beschluß befunden sei, daß sie sich bereits ein Urteil gebildet, ohne in die sachlichen Verhandlungen einzutreten.

Nach Verkündung dieses Beschlusses erhob der Beisitzer Emonds Protest gegen diese Entscheidung, und beantragte die Protokollierung seines Protestes. Er habe schon während der internen Sitzung gegen das ungesetzliche Vorgehen protestiert.

Wie vom Referenten in der Versammlung noch erwähnt wurde, hat auch der Betriebsrat der Kommerz- und Privatbank den Schlichtungsausschuß angerufen, um zu entscheiden, daß die Direktion nicht berechtigt war, seinen Anschlag zu entfernen. Man sehe der Entscheidung mit großem Interesse entgegen. Die Ausführungen des Redners fanden stürmischen Beifall. Nachdem Emonds und noch einige Redner zur Aussprache das Wort genommen hatten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der den Betriebsräten volles Vertrauen ausgesprochen und vom Schlichtungsausschuß erwartet wird, daß er denselben volle Genugung verschaffen werde.

Wenn die Kommerz- und Privatbank mit den Bürgern der Republik keine Geschäfte machen will, mag sie ihren Tempel schließen. Es geht auch ohne sie. Andersfalls aber haben auch ihre allgewaltigen Direktoren sich der neuen Staatsordnung zu unterwerfen und ihre Abneigung gegen die Republik gleich ihrer Vorliebe für Ueberstunden etwas weniger auffällig hervorzuheben. Im umgekehrten Falle — unter der Monarchie — wäre diese Bank längst geschlossen und ihre Direktoren säßen hinter Schloß und Riegel wegen Hochverrat.

Lohnerhöhung bei der Hochbahngesellschaft.

Die Gesellschaft teilt uns mit: Unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Caesar fanden am Dienstag im Reichsarbeitsministerium Einigungsverhandlungen statt, die zu folgendem Schiedspruch führten:

„Den Handwerkern und Arbeitern wird eine Lohnerhöhung von 85 Pf. für die Stunde, den Arbeiterinnen eine solche von 65 Pf. gewährt. Das männliche Betriebspersonal erhält eine Aufbesserung der Monatsgehälter um 150 M., die Fahrkartenausgeberinnen um 130 M. pro Monat; ferner haben die besonderen Dienstzulagen eine Erhöhung erfahren. Die Kinderzulage wird von 60 auf 75 M. pro Monat erhöht.“

In der Begründung des Schiedspruchs wurde ausgeführt, daß diese Lohnerhöhung den Leuerungsverhältnissen angemessen erscheint und die entstehenden Mehraufwendungen durch Erhöhung der Beförderungspreise zu decken sein würden.

Erste Tage in Oberschlesien.

Die ober-schlesischen Bergarbeiter verlangen bekanntlich eine Lohnerhöhung und eine sogenannte Aufstufung. Die Unternehmer haben bisher diese Forderungen abgelehnt, weil ihnen keine Kohlenpreiserhöhung zugestanden wurde. Gegenwärtig scheint diese Bewegung in ein sehr kritisches Stadium gelangt zu sein. Am Dienstag sollten Verhandlungen über die Lohnforderungen stattfinden, diese wurden aber von den Unternehmern abgelehnt, weil die Interalliierte Kommission die Kohlenpreiserhöhung noch nicht bewilligt hatte. Es hat sich nunmehr eine Kommission, die sich zusammensetzt aus Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften, nach Oppeln begeben, um der Interalliierten Kommission die Dringlichkeit der Angelegenheit darzulegen.

Nach einer Meldung der „Dena“ versuchen unorganisierte Elemente sich in die Bewegung einzumischen. Es ist zu befürchten, daß die Syndikalistischen und Unionisten, die in Königshütte bereits Versammlungen einberufen und zur Sprengung der Gewerkschaften und zu gewalttätigen Vorgehen gegen die Arbeitgeber aufgefordert haben, größeren Einfluß gewinnen und so die Bewegung in eine Richtung bringen, die nur schaden kann. Unser Kattowitzer Parteiblatt betont, daß die Lage sehr ernst ist, und fordert die Arbeiterschaft auf, strenge Disziplin zu halten.

Die Lohn- und Affordhöhe der Töpfer sind durch Verhandlungen im Tarifgebiet Groß-Berlin erhöht worden. Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes hat den Zugeständnissen der Unternehmer zugestimmt. Vom 12. September ab beträgt die Leuerungszulage bei Affordarbeiten 675 Prozent, der Mindeststundenlohn 9 M. Mit den Vorortierungen Rotterdam, Dransburg, Königsmusterhausen und Alt-Landsberg schweben noch Verhandlungen.

Gewerkschaftsunterkommission des 15. Verwaltungsbezirks. (Nur engerer Ausschuß.) Freitag nachmittags 4 Uhr ist im Lokal von Schöps, Niederhönneweide, Grünauer Str. 8, Versammlung sämtlicher Betriebe, welche der Driskrankenkasse Adlershof angeschlossen sind, zwecks Aufstellung der Delegierten zur Ausschlußwahl. Jeder Betrieb hat den Obmann bzw. ein Betriebsratsmitglied zu dieser Versammlung zu delegieren.

In den Gasanstalten Nowawes und Bornim traten die Arbeiter am Montag mittag in den Streik. Es wird ihnen vorgeworfen, die Beendigung des von ihnen geforderten Schlichtungsverfahrens nicht abgewartet zu haben.

Deutscher Verkehrsband. Abteilung Kraftfahrer, Kraftschleppwagenfahrer. Freitag: Zwei Versammlungen, morgens 6 Uhr und nachmittags 6 Uhr, im Lokal Prethaal, Heilige, Ecke Hannoverstraße Straße. Bericht über die Tarifverhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemische Branche. Gruppen: Chemische Industrie, Verbandsstoffe und Chiruraz. Freitag 7 Uhr in Willes Festhallen, Sebastiansstr. 39. Bericht über die Lohnverhandlungen. Besonders die Kleinbetriebe müssen vertreten sein. — Branche Reichsbetriebe und Verwaltungsstellen. Freitag 7 Uhr im „Presbiterer Kasino“, Dresdenstr. 66. Vollversammlung. Der vorläufige Abschluß unserer Lohnbewegung in den Reichs- und Staatsbetrieben. — Glas- und Teppichreinigungsbranche. Freitag 4 Uhr im „Katholischen Hof“, Alexanderstr. 70. Bericht der Lohnkommission.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Meier, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co., Berlin. Anzeigenstr. 1. Preis: eine Beilage und Anzeigensbeilage „Reinweiß“.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besitzt das ärztlich empfohlene milde-wirksamste bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3,50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

HERMANN Billige Lebensmittel

<h3>Gemüse</h3> <p>Rotkohl Pfund 60^{Pl} Weisskohl Pfund 85^{Pl} Mohrrüben ... Pfund 60^{Pl} Kohlrabi Mandel 1⁵⁰ Rhabarber Pfund 35^{Pl} Einmachegurken grosse Pfund 1³⁰</p> <h3>Fische</h3> <p>Leb. Karpfen... Pfund 11⁰⁰ Schellfische Pfund 1⁵⁰ Büdinge Pfund 5⁵⁰ Sprotten Pfund 7²⁰</p> <h3>Räucherwaren</h3>	<h3>Obst</h3> <p>Kochäpfel Pfund 1¹⁰ Tafeläpfel Pfund 2²⁰ Kaiserkronen... Pfund 2²⁰ Weintrauben ... Pfund 4²⁵ Tomaten Pfund 1⁴⁰ Pflaumen Pfund 2⁵⁰</p> <h3>Wild</h3> <p>Hirschfleisch Pfund von 7⁵⁰ an Rebhühner Stück 15⁵⁰ Gänse Pfund 12⁵⁰ 14⁰⁰ Erst- u. Suppenhühner Pfund 12⁵⁰</p>	<h2 style="text-align: center;">Frisches Fleisch</h2> <p>Hammel-Vorderfleisch ... Pfund 8⁵⁰ Hammelrücken Pfund 9⁵⁰ Hammelkeulen Pfund 10⁰⁰ Schweinekamm u. -schuft Pfd. 16⁰⁰ Schweine-Kotelettstück Pfund 16⁰⁰ Kalbskamm Pfund 11⁰⁰</p> <p>Ochsen-Fehl- u. Querrippe gefroren .. Pfund 7⁰⁰ Ochsenfleisch ohne Knochen gefroren Pfund 10⁵⁰ Gehacktes Rindfleisch gefroren .. Pfund 9⁰⁰</p>	<h3>Kolonialwaren</h3> <p>Tafelreis Pfund 4⁰⁰ Kaffeemischung Pfund 7⁰⁰ 25 % Bohnenkaffee Pfund 2⁰⁰ Roggenmehl ... Pfund 2⁰⁰ Weizenmehl ... Pfund 3⁰⁰ Viktoria-Erbisen Pfd. 2⁷⁵ Weisse Bohnen Pfd. 2³⁰</p> <h3>Wurstwaren</h3> <p>Landleberwurst Pfd. 12⁵⁰ Rotwurst nach Thüringer Art ... Pfund 12⁵⁰ Bauernmeltw. Pfd. 16⁵⁰ Sälzwurst Pfund 13⁵⁰ Mettwurst (Braumettw. Art) .. Pfd. 19⁵⁰ Klein-Bierwurst Pfd. 26⁰⁰</p>	<h3>Käse - Fette</h3> <p>Harzerkäse ... Pfund 8⁰⁰ Stangenkäse Thüring. Pfund 8⁰⁰ Goudakäse .. Pfund 13⁵⁰ Camembertkäse u. 3²⁰</p> <p>Tilsiterkäse Pfund 12⁰⁰ Margarine Pfund 11⁵⁰ Tafelmargarine 1/2 Pfd. Pfd. 6⁵⁰ Bratfett Pfund 12⁰⁰</p>	
<h3>Gebr. Kaffee</h3> <p>geleglich frisch aus eigener Rösterei, Pfd. 21⁰⁰</p>	<h3>Gänsestückenfleisch</h3> <p>Pfund 12⁰⁰</p>	<h3>Rindfleisch</h3> <p>im eigenen Saft Dose 5⁵⁰</p>	<h3>Kaninchen</h3> <p>gefroren, ohne Kopf und Ohren Pfund 4³⁰</p>	<h3>Rindertalg</h3> <p>Pfund 10⁰⁰</p>	<h3>Rauchfleisch</h3> <p>Pfund 8⁰⁰</p>
<h3>Koch-Rotwein</h3> <p>1/2 Flasche 7⁵⁰ 10 Flaschen 70⁰⁰</p>	<h3>Alt. Tarragona</h3> <p>1/2 Fl. 24⁰⁰ 10 Fl. 225⁰⁰</p>	<h3>Halb u. Halb</h3> <p>1/2 Qual. 25⁰⁰ 1/2 Fl. 48⁵⁰</p>	<h3>Apfelwein</h3> <p>10 Flaschen vorzügliche Qualität 1/2 Flasche 5⁰⁰ 47⁵⁰</p>	<h3>1918^{er} Montagna</h3> <p>Natur-Rotwein 1/2 Fl. 10⁵⁰ 10 Fl. 100⁰⁰</p>	<h3>Johannisbeer-Wein</h3> <p>vorzüglich 1/2 Flasche 10⁵⁰ 10 Flaschen 100⁰⁰</p>